

6/1997

Am 19. März Entscheidung über Rentenreform

– „Kleiner Parteitag“ in Bonn –

Nach einer Sitzung des Bundesvorstands am 24. Februar im Konrad-Adenauer-Haus hat Generalsekretär Peter Hintze den Termin für den nächsten Bundesausschuß der CDU bekanntgegeben:

Ebenfalls im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn findet der sog. „Kleine Parteitag“ der CDU wie vorgesehen am 19. März statt. Bis zu diesem Termin werden Präsidium und Bundesvorstand eine Vorlage zur Reform der sozialen Sicherungssysteme erarbeiten.

Bis Ostern Klarheit über die Große Steuerreform

Der Bundesvorstand war sich darüber einig, daß bis Ostern Klarheit über die Steuerreform herrschen muß, und auch der Bundeskanzler betonte, daß die SPD bis zu diesem Zeitpunkt erkennen lassen müsse, ob sie zur konstruktiven Mitwirkung auch in den Details bereit ist und nicht nur mit Grundsatz-erklärungen aufwartet.

Mitgliederwerbung

- Kreisverband St. Wendel erfolgreich. Seite 30
- Rangfolge der Landes- und Kreisverbände bei der Mitgliederentwicklung 1996. Seite 31
- Generalsekretär Peter Hintze: Ansporn zu noch intensiverer Werbung. Seite 33

HEUTE AKTUELL

● Jahreswirtschaftsbericht

Gerhard Stoltenberg: Es gibt für uns nur einen Weg: die Steuersätze für alle absenken. Seite 2

● Wohnungsbau

Klaus Töpfer: Öffentliche Investitionen vorziehen, Baukonjunktur stützen, Arbeitsplätze sichern. Seite 6

● „Schlanker Staat“

Manfred Kanther: Die Verwaltung für den Bürger transparent, offen und kontrollierbar machen. S. 15

Rupert Scholz: Die noch offenen Themen werden bis zum Sommer beraten sein. Seite 17

● Europa

Auch 1997 wieder vor großen Herausforderungen. Jahresbericht des Generalsekretärs der EVP. Seite 19

● Bundesfachausschuß

Abwassergebühren - Senkung nötig. Seite 24

● CDU

Baden-Württemberg

Kleiner Landesparteitag in Bühl: Stabile Zukunft für Europa. Seite 28

Gerhard Stoltenberg

Es gibt für uns nur einen Weg: die Steuersätze für alle absenken

Bei Ihrer Rede, Herr Scharping, erinnerte ich mich daran, daß viele Jahre lang Debatten über den Jahreswirtschaftsbericht ein Höhepunkt der anspruchsvollen Diskussion in Deutschland waren. Seit den ausgehenden 60er Jahren haben Karl Schiller, Otto Graf Lambsdorff und andere beachtliche Maßstäbe gesetzt. In den letzten Diskussionen erleben wir von der SPD zunehmend **Kritik ohne Alternativen**, ein **Übermaß an billiger Polemik**, Herr Scharping, und auch ein Bestreiten von Tatsachen.

★★★

In den letzten Tagen hat die sozialdemokratische Führung ihre Kritik an der geplanten Senkung des Höchststeuersatzes bei der Einkommensteuer von jetzt 53 Prozent verschärft. Ihr ist offenbar nicht aufgefallen – trotz der Sozialistischen Internationale –, daß vor zehn Tagen in London das Programm einer erneuerten modernen Labour Party zur Wahl im Mai vorgelegt wurde. Ein Kernstück dieses Programms von Tony Blair und Gordon Brown ist die Aussage: Der Spitzensatz bei der Einkommensteuer von 40 Prozent darf auf keinen Fall erhöht werden. Die britischen Labour-Politiker haben zur Begründung ausgeführt, daß die tüchtigen, qualifizierten und erfolgreichen Mitbürger nicht überlastet werden dürfen.

★★★

Wenn wir wirklich Arbeitnehmerinteressen diskutieren, wenn wir die in manchen Bereichen immer noch fehlende Motivation zur Arbeit trotz hoher Arbeitslosigkeit verbessern wollen, dann müssen jede Frau und jeder Mann, die arbeiten, auch wissen,

daß es ein **deutliches Abstandsgebot** gegenüber jenen in derselben Lebenslage gibt, die angebotene Arbeit nicht annehmen.

★★★

Wir haben eine Arbeitslosigkeit, die uns alle herausfordert. Wir müssen sie freilich in der europäischen Dimension sehen. **Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist mit 10 Prozent zu hoch, in Italien und Frankreich beträgt sie allerdings 25 Prozent und in Spanien über 35 Pro-**

**Aus der Bundestagsdebatte
über den Jahreswirtschafts-
bericht 1997 am 20. Februar**

zent. Zugleich haben wir, worauf Herr Rexrodt schon hingewiesen hat, diesen anhaltenden, ungemein eindrucksvollen Aufbau neuer Beschäftigung in den USA mit über 10 Millionen Arbeitsplätzen seit dem Amtsantritt von Clinton vor wenig mehr als vier Jahren vor Augen.

★★★

Wir müssen bestimmte Fehler, die in der Bildungspolitik und in der Bildungsberatung seit 1970 gemacht wurden, wieder korrigieren, wenn wir die Beschäftigungsprobleme meistern wollen. Deswegen ist es notwendig, den Ursachen für diese großen Erfolge in Amerika ernsthafter nachzugehen. Dazu gehören **niedrigere Steuern und Abgaben**, dazu gehören **besere Unternehmererträge** – ich sagte das schon –, dazu gehört viel **mehr Flexibilität in der Lohnfindung**, als wir es bisher in Deutschland erreicht haben.

Zu Karl Schillers Grundüberzeugung – der konnte ordnungspolitisch denken, Herr Scharping – gehörte, so hat er es hier im Bundestag gesagt, daß die **Verantwortung für die Arbeitsplatz- und Arbeitsmarktentwicklung in erster Linie in die Zuständigkeit der Tarifvertragsparteien fällt**. Man kann nicht zunächst gegen vernünftige Lösungen demonstrieren und dann, wenn die Krise kommt, nach Bonn, Düsseldorf oder Stuttgart marschieren und den Staat anklagen. So ist nicht die Arbeitsteilung in einer freiheitlichen und sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung.

Ich habe mit großem Interesse gelesen, was Hans-Ulrich Klose, Vizepräsident unseres Hohen Hauses und früherer Bürgermeister in Hamburg, nach Presseberichten am 9. Januar in Frankfurt in einer bemerkenswerten Rede ausgeführt hat. Ich zitiere einmal die Kernsätze: „**Ein radikaler Umbau des Sozialstaats ist erforderlich. Die jetzige Rentenformel ist so nicht haltbar. Die Entlastung von versicherungsfremden Leistungen reicht nicht aus.**“ Besonders zu beachten ist Kloses Hinweis auf die einschneidenden Folgen der demographischen Veränderungen, die nach meiner Überzeugung in fast allen Debatten in Deutschland bisher nicht genügend einbezogen werden.

Es gibt eine Reihe sozialdemokratischer Politiker, die diese Meinung teilen: Die Unternehmensteuern sind zu hoch bei offenen Märkten und freiem Wettbewerb über unsere Grenzen hinaus. Ich möchte noch einmal an Sie appellieren, zum erstenmal im Plenum: **Geben Sie sich einen Stoß, und stimmen Sie morgen der Abschaffung der Gewerbesteuer zu.** Tun Sie es wirklich!

Wir werden das Koppelgeschäft mit der Vermögensteuer nicht mitmachen. Sie

können reden, was Sie wollen. Vranitzky als sozialistischer Bundeskanzler und Lacina als sozialistischer Finanzminister haben mit denselben Gründen, wie wir sie vorbringen, die Vermögensteuer in Österreich abgeschafft. Wir werden sie nicht wieder einführen, weil Sie uns hier in eine erpresserische Situation bringen wollen.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Es sollte trotz der großen Probleme und Schwierigkeiten, die wir haben, nicht üblich werden – so wie Sie das betreiben –, daß die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der seit 1983 bestehenden Regierung von Helmut Kohl pauschal verzeichnet wird.

Wir haben in der alten Bundesrepublik in den Jahren 1983 bis 1991 mit einer Reformpolitik, einer stark angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, **beachtliche Ergebnisse erzielt: in der starken Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze in der alten Republik, in der Rückführung der Steuer- und Abgabenquote und im beachtlichen Anstieg der arbeitsplatzschaffenden privaten Investitionen.**

Die unerwartet extrem hohen Kosten für die Beseitigung der Hinterlassenschaft des SED-Regimes, die Mittel für den Aufbau Ost, haben die Prioritäten seit 1990 verändert, und sie haben erhebliche zusätzliche Ressourcen in Anspruch genommen. Aber dies wird doch im Kern von uns allen bejaht. Nun müssen wir wieder an die Erfahrungen der früheren Jahre anknüpfen, auch in der Steuer- und Abgabenpolitik und auch in der Tarifpolitik. **Wir können es auch im vereinten Deutschland schaffen, wenn wir uns gemeinsam stärker auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft besinnen** und wenn wir sie in einer veränderten Welt ohne Schönfärberei, aber auch ohne Chaosparolen mit Kompetenz und Überzeugungskraft umsetzen. ■

Wolfgang Schäuble zur Steuerreform an die Adresse der SPD:

Lassen Sie uns darüber reden, wie wir das Ziel vernünftig erreichen

Gerhard Stoltenberg hat – ich finde, überzeugend; dem ist bislang auch nicht widersprochen worden – dargelegt, daß wir eine Entwicklung haben, bei der immer mehr Investitionen und Arbeitsplätze wegen ungünstiger steuerlicher Rahmenbedingungen aus Deutschland in das europäische Ausland abwandern bzw. nicht aus dem europäischen Ausland nach Deutschland kommen.

Auch der Kollege Metzger hat in seiner Kurzintervention darauf hingewiesen, daß wir in einer Zeit globalisierter Märkte überall in der Welt investieren müssen, daß wir uns aber auch fragen müssen, warum der Rest der Welt nicht in einem vergleichbaren Maße in Deutschland investiert.

Damit sind wir bei den Substanzsteuern auf investiertes Kapital. Die Vermögensteuer eignet sich natürlich für Neiddebatten und für Verteilungsdebatten.

Aber wenn wir etwas machen wollen, was unsere Probleme löst, dann dürfen wir investiertes Kapital in Deutschland nicht höher als in anderen europäischen Ländern besteuern.

Kommen Sie mir nicht mit der Ausrede privater Vermögensteuer. Sie haben keinen Vorschlag vorlegen können – weil es ihn nicht gibt –, nach dem man investiertes Kapital von der Vermögensteuer freistellt, die Vermögensteuer im übrigen aber beläßt. Sie haben den Vorschlag gemacht, Körperschaften und Kapitalgesellschaften von der Vermögensteuer freizustellen. Aber Sie haben keinen Vorschlag vorlegen können, Betriebsvermögen von der Ver-

mögensteuer freizustellen, übriges Vermögen aber mit der Vermögensteuer zu erfassen. Das geht nämlich nicht.

Bei den Ertragsteuern werden Sie übrigens dasselbe erfahren. Ich vermute, Sie wissen das; und ich vermute, daß die sozialdemokratischen Steuerpolitiker das ihrem Parteivorsitzenden gesagt haben. Wenn man akzeptiert – ich halte das für notwendig; es ist ein Dreh- und Angelpunkt aller Debatten zur Steuerreform –, daß wir bei den Körperschaftsteuersätzen und damit beim Einkommensteuersatz auf Einkünfte aus Gewerbebetrieben auf 35 Prozent herunter

Wolfgang Schäuble:

Deshalb ist für mich in der Tat auch in den Steuerdebatten die entscheidende Frage: Was können wir für die Chance auf mehr Arbeitsplätze tun?

müssen, um unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplätze international wettbewerbsfähig zu sein, dann kann man den Spitzensteuersatz bei anderen Einkunftsarten nicht bei 53 Prozent lassen. Das geht nicht; jeder weiß das.

Man sollte den Menschen auch nicht einreden, daß es unter Verteilungsgesichtspunkten falsch wäre, den Spitzensteuersatz zu senken. Das bringt dann nämlich wieder die Neiddebatte, die uns hindert, im Kampf für mehr Arbeitsplätze das Richtige zu tun.

Wir können eine größere Differenz zwischen dem Einkommensteuersatz auf Ein-

künfte aus dem Gewerbebetrieb – dabei sagen auch Sie 35 Prozent; das ist richtig; das ist ja schon ein wichtiger Schritt – und dem auf Einkünfte aus anderen Einkunftsarten, als wir sie heute schon haben – wir haben zur Zeit eine Spreizung zwischen 53 Prozent und 47 Prozent –, nicht machen, ohne daß in der Praxis noch mehr Umgehungsmöglichkeiten der Besteuerung entstehen und befördert werden, weil die Menschen ihre anderen Einkunftsarten so umorganisieren, daß sie zu Einkünften aus Gewerbebetrieben werden. So, wie man seine Steuerpflicht legal ins Ausland verlegen kann – Herr Stoltenberg hat das dargelegt –, kann

**Aus der Bundestagsdebatte
über den Jahres-
wirtschaftsbericht 1997
am 20. Februar**

man sie genauso legal in Einkünfte aus den Gewerbebetrieben verlagern. Wer solche Umgehungsmöglichkeiten im Steuerrecht schafft, der wird nicht mehr Arbeitsplätze – und im übrigen auch nicht mehr Gerechtigkeit – erzielen, sondern weniger.

Wir machen uns das alles nicht leicht, wirklich nicht.

Wenn wir eine Steuerreform zustande bringen wollen, müssen wir die Kraft haben, den Menschen zu erklären, warum Veränderungen an dem, was bisher war, notwendig sind. Jede dieser Veränderungsdebatten ist schwierig. Sie haben ein Beispiel angesprochen: Bis heute sind Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit steuerfrei.

Wenn wir abstrakt diskutieren, wird mir wahrscheinlich kein Sozialdemokrat ernsthaft widersprechen, daß es eigentlich keinen Sinn macht, Einkünfte, je nachdem zu welcher Tageszeit oder an welchem Wochentag sie erzielt worden sind, unterschiedlich zu besteuern. Steuerrecht muß

gleiche Tatbestände steuerlich gleich behandeln. Das gilt übrigens auch für Kapitalerträge, also auch für die Zinsen auf Lebensversicherungen. Das kann im Prinzip nicht bestritten werden.

Die Schwierigkeit ist die Umstellung von dem heutigen Zustand der Ungleichheit, auch der Ungerechtigkeit, der sachlichen Falschheit, in einen richtigen Zustand. Da muß man doch Übergangsregelungen suchen. Deswegen sagen wir, daß man bei den Kapitaleinkünften Wege finden muß. Darüber kann man reden, wie man die Umstellung sozialverträglich schafft.

Tun Sie es aber doch nicht einfach so diffamierend. Herr Schröder, machen Sie doch eines nicht. Eine gleichmäßige Besteuerung – was unser Anliegen ist – beschreiben Sie mit den Worten: „Man darf die nicht bestrafen.“ Wenn wir eine gleichmäßige, also gerechte Besteuerung als „bestrafen“ bezeichnen, werden wir unsere Bevölkerung nicht davon überzeugen können, was notwendig und richtig ist.

Lassen Sie uns darüber reden, wie wir das Ziel vernünftig erreichen. Lassen Sie uns darüber reden, was das richtige Ziel ist, und dann auch darüber diskutieren, wie man dieses Ziel erreichen kann. Dabei muß man vielleicht Schritte gehen. Auch die Sozialdemokraten sagen nicht nur Falsches. Ich habe schon öfters gesagt: Es hat doch nicht der eine nur recht und der andere nur unrecht. So ist es doch nicht verteilt.

Zitat

Jeder Mensch ist eine einmalige Schöpfung, an der nicht herummanipuliert werden darf. Forschung findet nicht im Niemandsland statt, wo keine Ethik gilt.

**Bundesforschungsminister
Jürgen Rüttgers zu den neuen
Möglichkeiten der Gentechnologie**

Bundesbauminister Klaus Töpfer:

Öffentliche Investitionen vorziehen, Baukonjunktur stützen Arbeitsplätze sichern

Die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist am 19. Februar in Kraft getreten, so daß die Länder ab sofort die Bundesmittel abrufen können.

Bundesbauminister Klaus Töpfer forderte die Länder auf, die Bundesmittel möglichst schnell an die Investoren weiterzugeben, um so gemeinsam mit dem Bund einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Bauwirtschaft und so zur Sicherung von Arbeitsplätzen der Branche zu leisten.

Der Bund stelle in diesem Jahr 2,01 Milliarden Mark für neue Projekte im sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Mit dem frühen Abschluß der Verwaltungsvereinbarung habe der Bund die Voraussetzung geschaffen, Fördermaßnahmen zeitiger als in den Vorjahren einzuleiten, erläuterte Töpfer. Mit dem Ende der kalten Witterung könnten nun Baußmaßnahmen in den Ländern beginnen und zur Stabilisierung der Bautätigkeit beitragen. Der Bundeshaushalt werde dadurch nicht zusätzlich belastet.

Ein Bauvolumen von einer Milliarde Mark sichere nach Angaben Töpfers mindestens 13.000 Arbeitsplätze direkt. Der Bau von 10.000 neuen Wohnungen schaffe Arbeit für 20.000 Beschäftigte. Investitionen in den sozialen Wohnungsbau zögen zusätzlich die doppelte Summe an privaten Investitionen nach sich. 1996

hätten Bund und Länder gemeinsam 15 Milliarden Mark für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben, so daß Investitionen in Höhe von 45 Milliarden Mark angestoßen worden seien.

Auch die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung solle noch in diesem Monat zum Abschluß gebracht werden. Der Bund stelle in diesem Jahr 600 Millionen Mark für die Städtebauförderung bereit. Hierdurch könnten private und öffentliche Investitionen in rund achtfacher Höhe angestoßen werden.

Bauwirtschaft stützen

Es müsse vermieden werden, daß die erforderliche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen notwendige Investitionen verzögere und so das Entstehen neuer Arbeitsplätze erschwere. Es müßten alle Instrumente genutzt werden, durch die die Bauwirtschaft gestützt werde, ohne daß zusätzliche Kosten für die öffentlichen Haushalte entstehen. Die Bauwirtschaft stelle noch immer jeden zehnten Arbeitsplatz, wobei die indirekten Auswirkungen auf Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen noch nicht einmal berücksichtigt seien. Diese Arbeitsplätze dürften durch den notwendigen Sparkurs nicht weiter belastet werden, bekräftigte Töpfer. Im vergangenen Jahr seien in Westdeutschland die Bauinvestitionen um drei Prozent zurückgegangen.

Mit Frischluft e.V. die Lizenz zum Jugendleiter

Erstmals im christlich-demokratischen Spektrum bietet der Bundesverband in Kooperation mit Frischluft Nordrhein-Westfalen e. V. in diesem Jahr die Ausbildung zum Jugendleiter an. Dieser Lehrgang mit 40 Unterrichtseinheiten findet an zwei Wochenenden in Bonn statt, die zusammen belegt werden müssen. Die Teilnehmer widmen sich dabei nicht nur den theoretischen Grundlagen (Gruppenpädagogik, Rechts- und Versicherungsfragen).

Anhand praktischer Beispiele werden vielmehr in demselben Maße auch die Organisation von Workshops, die Förderung von Gruppenarbeit und verschiedene Spielformen erlernt. Dieser anerkannte Lehrgang liegt weit über den amtlichen Anforderungen und ermöglicht es, öffentliche Hilfen und Zuschüsse für JL's auszuschöpfen. Teilnehmen kann je-

der Interessierte ab 16 Jahren. Folgende zwei Termine stehen zur Auswahl:

- JL 1.: 11. 4.–13. 4. 1997 und 25. 4.–27. 4. 1997
- JL 2.: 17. 10.–19. 10. 1997 und 14. 11.–16. 11. 1997

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 60 DM, und Fahrtkosten werden bis zu 100 DM je Wochenende erstattet. Da nur max. 20 Personen zugelassen werden können, sollte die Anmeldung möglichst bald erfolgen. Lehrgangsort wird das Haus Venusberg in Bonn sein. Nähere Informationen und Anmeldung:

**Bundesgeschäftsstelle
Frischluft e. V.
Annaberger Straße 283
53175 Bonn
Tel. (02 28) 31 00 23
Fax (02 28) 31 47 03**

Die gesamtdeutschen Bauinvestitionen seien 1996 um 2,7 Prozent gesunken. Nur die Nachfrage nach Einfamilienhäusern stütze die Baukonjunktur. Die Zahl der Genehmigungen für Einfamilienhäuser stütze die Baukonjunktur. Die Zahl der Genehmigungen für Einfamilienhäuser sei seit Einführung der neuen Eigenheimförderung sowie der erfolgreichen Stärkung des Bausparens durch die Bundesregierung um zehn Prozent gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten sei im vergangenen Jahr um 113.000 beziehungsweise um acht Prozent auf 1.305.000 gesunken. Die Branche bewältige derzeit einen tiefgehenden Strukturwandel und könne keine zusätzlichen Belastungen verkraften.

Als Argumentationshilfe hat das Bundesfinanzministerium eine Reihe von Broschüren herausgegeben, die die Neuregelungen der Steuerreform, für „Wachstum und Arbeitsplätze“ („Petersberger Steuervorschläge“) detailliert erläutern. – Bestellungen an:

Bundesministerium der Finanzen, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 53105 Bonn.



40 Jahre Rentenreform 1957

Die größte sozialpolitische Reform der Nachkriegsgeschichte

Am 23. Februar 1957, also letzten Sonntag vor 40 Jahren, wurden die Rentenreformgesetze im Bundesgesetzblatt verkündet und traten mit den leistungsrechtlichen Regelungen rückwirkend zum 1. Januar 1957 in Kraft.

Die Debatte über diesen Meilenstein moderner Sozialpolitik am 21. und 22. Januar 1957 war eine der längsten in der Geschichte des Bundestages. Zum Schluß hatte der Bundestag mit überwältigender Mehrheit dem Regierungsentwurf zugestimmt. Dazu erklärt Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**:

Unser Dank am 40. Jahrestag der 57er Rentenreform gilt den Frauen und Männern, die mit der Einführung der dynamischen Rente die größte sozialpolitische Reform in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt haben. Die Rentenreform von 1957, die nach langer und kontroverser Diskussion schließlich in einem großen politischen und gesellschaftlichen Konsens verabschiedet wurde, war eine zukunftsweisende Entscheidung:

1. Sie war die Besiegelung einer Generationen-Solidarität, in der die Jüngeren durch ihre Beiträge die Renten der Älteren finanzieren und dadurch selbst einen Anspruch auf spätere eigene Rente erwerben.

2. Sie brachte eine lohn- und beitragsbezogene, auf dem Prinzip „Leistung für Vorleistung“ beruhende Rente und war eine Entscheidung gegen eine – wie auch immer ausgestaltete – Einheitsrente.

3. Sie verwirklichte die dynamische Rente, die der allgemeinen Lohnentwicklung folgt und steigenden Lebensstandard auch an die Rentner weitergibt. Dadurch wurde erreicht, daß die Rentner nicht Jahr für Jahr um den Erhalt ihrer Einkommensposition kämpfen müssen.

Die Anbindung an die Lohnentwicklung hat sich für die Rentner insgesamt sehr positiv ausgewirkt. Denn aus 100 DM Rente im Jahre 1957 sind nach Abzug der Preissteigerungen – also real – heute 230 DM geworden. Die Kaufkraft der Renten ist seit 1957 also auf das 2,3fache gestiegen.

Den Generationenvertrag weiterentwickeln

Heute kommt es darauf an, den bewährten Generationenvertrag weiter zu entwickeln und rechtzeitig die richtigen Weichen für das nächste Jahrhundert zu stellen. Die zu erwartenden demographischen Veränderungen, vor allem die erfreulich wachsende Lebenserwartung, machen ein Umsteuern in allen Alterssicherungssystemen und damit auch in der gesetzlichen Rentenversicherung erforderlich. Ziel muß sein, diese Belastungen ausgewogen und gerecht zu verteilen. Weder dürfen die Aktiven mit Beiträgen belastet werden, die sie nicht tragen können, noch die Rentner nach einem erfüllten Arbeitsleben an den Rand der Sozialhilfe geraten. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Akzeptanz des Generationenvertrages bei Jungen und Alten zu stärken. ■

Einkauf von ostdeutschen Konsumgütern bis Ende 1998 verdoppeln

Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt und der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, haben am 20. Februar mit den Spitzenunternehmen des deutschen Handels Fragen des weiteren wirtschaftlichen Aufbaus in Ostdeutschland und die zentrale Rolle erörtert, die dem Handel als Brücke zu den nationalen und internationalen Märkten für ostdeutsche Konsumgüterproduzenten zukommt.

Im Ergebnis des Gesprächs verständigten sich die Teilnehmer auf folgende Schlußfolgerung:

„Die beteiligten großen deutschen Handelsunternehmen erklären ihre Bereitschaft, zusätzliche Anstrengungen in der Vermarktung ostdeutscher Konsumgüter zu unternehmen.

Sie setzen sich als Ziel, ausgehend von den Bezügen des Handels aus ostdeutscher Produktion im Jahre 1995, den Einkauf von Konsumgütern bei ostdeutschen Herstellern bis Ende 1998 zu verdoppeln. Dies gilt insbesondere für die Bezüge von Nahrungsmitteln. Beim Einkauf von Konsumgütern der Nonfood-Sortimente hängt die Steigerungsmöglichkeit der Handelsunternehmen auch von der Lieferfähigkeit der ostdeutschen Produzenten ab. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung gemeinsam mit dem Handel das Gespräch mit wichtigen Konsumgüterproduzenten aufnehmen mit dem Ziel, Produktionsmöglichkeiten im Konsumgüterbereich in Ostdeutschland spürbar zu erweitern.

Die Wirtschaftsinitiative „wir.“, die seit mehreren Jahren mit großem Erfolg die Einkaufsinitiative der deutschen Wirt-

schaft betreut, hat sich bereit erklärt, diese Initiative des deutschen Handels zu begleiten und im halbjährlichen Turnus die Entwicklung mit den beteiligten Unternehmen zu erörtern. Die Handelsunternehmen benennen, soweit nicht schon geschehen, jeweils einen Ostbeauftragten.“

Die Bundesregierung wird dabei mit den Handelsunternehmen und den ostdeutschen Konsumgüterherstellern eng zusammenarbeiten. Hierbei wird insbesondere auch das Projekt einer Konsumgütermesse ausschließlich für in Ostdeutschland hergestellte Produkte für sinnvoll erachtet, das jetzt konkret vorbereitet werden soll.

Weitere Fördermaßnahmen

Darüber hinaus wird die Bundesregierung die Bemühungen der ostdeutschen Produzenten, mit wettbewerbsfähigen Produkten überregionale und internationale Absatzmärkte erschließen, durch ihre Fördermaßnahmen weiter unterstützen. Hierzu gehören vor allem die Eigenkapital- und Investitionshilfen sowie die speziellen Hilfen für Innovation und Absatz.

Mit ihren völlig erneuerten Produktfirmen und Serviceangeboten sind ostdeutsche Konsumgüterproduzenten zu vollwertigen und wettbewerbsfähigen Marktpartnern des Handels herangewachsen. Es kommt darauf an, vorhandene Leistungsreserven auszulasten und Expansionsmöglichkeiten zu nutzen.

Bundeskanzler und Bundeswirtschaftsminister sprachen den vertretenen Handelsunternehmen für die bisher geleistete Unterstützung und für die konstruktive Haltung ihre besondere Anerkennung aus. ■

Visumpflicht, um den extremen Mißbrauch zu beenden

Bundesinnenminister Manfred Kanther zur Visumpflicht für Kinder und Jugendliche aus Nicht-EU-Staaten:

Seit rund zwei Jahren war ein deutlicher Anstieg der mißbräuchlichen visumsfreien Einreise von Minderjährigen in die Bundesrepublik Deutschland zu beobachten.

Lag die Zahl der alleinreisenden, einreisebegehrenden Minderjährigen unter 16 Jahren 1994 noch bei 198 Personen, so stieg ihre Zahl 1995 geradezu sprunghaft auf 881 unbegleitete Minderjährige an – im Vergleich zu 1994 damit um mehr als das Vierfache – und 1996 sogar auf 2.069.

Diese Kinder, die zu einem großen Teil regelmäßig in Jugendhilfeeinrichtungen unterkommen müssen, kosten pro Monat zwischen 5 000,- und 7 500,- DM Unterhalt. Gleichzeitig haben diese Kinder hier kaum eine gesicherte Zukunft. Es sind Kinder, die keine deutsche Ausbildung haben, keine deutsche Schule besucht haben, keine Sprachkenntnisse besitzen und meistens auch keine Familie in Deutschland haben, sondern eingeschleppt werden, zuallererst in der Absicht, anschließend die Familie nachbringen zu können.

Findige Schlepperorganisationen verdienen auf diese Art und Weise ein Vermögen und führen diese Menschen häufig einem ungewissen Schicksal zu.

Um diesen extremen Mißbrauch von Abhängigen zu beenden, war die Einführung einer Visumpflicht notwendig, wie sie für Kinder aus den meisten anderen Ländern seit Jahren üblich ist. Der Mißbrauch dieser besonderen Zugangsmöglichkeit mußte gestoppt werden.

Wer dieser Visumpflicht zustimmt, kommt aber an der Notwendigkeit eines Nachweises des Aufenthaltsrechts für bereits in Deutschland lebende Kinder der Staaten Türkei, Marokko, Tunesien und Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien – für die bisher noch eine Ausnahme bestand – nicht vorbei, denn es muß ja in Zukunft einen Beleg dafür geben, daß jemand an der Grenze nicht erstmals einreisen will. Dies kann nur nachgewiesen werden, wenn ein deutscher Aufenthaltstitel vorgezeigt werden kann – das ist alles.

Dieses Problem tritt tausendfach z. B. dann auf, wenn die betroffenen Ausländerkinder mit ihren Eltern während der Schulferien in die frühere Heimat zurückfahren und sich anschließend als „Inländer“ an der Grenze ausweisen müssen können. Wie sollte es sonst gehen?

Benutzen die Kinder für die Ferienreise ein Flugzeug, benötigen auch die Fluggesellschaften Klarheit über die aufenthaltsrechtliche Situation. Sie sind rechtlich verpflichtet, einen Ausländer auf eigene Kosten zurückzubringen, wenn er eine erforderliche Aufenthaltsgenehmigung nicht besitzt und deswegen an der Grenze zurückgewiesen wird.

Wie aber soll weiterhin eine illegale Zuwanderung Minderjähriger aus den früheren Anwerberstaaten erfolgreich unterbunden werden, wenn nach illegaler Einreise eine weitere Kontrolle im Bundesgebiet über das Aufenthaltsrecht nicht mehr stattfinden könnte? Mit den Bundesländern wird die administrativ einfachste Form des Nachweises vereinbart werden.

Mir ist unverständlich, warum unter „Integrations- oder gar Menschenrechtsaspekten“ – so einige Kritiker – dem 15jährigen nicht zumutbar ist, was für den 16jährigen ohnehin gilt, der nach § 26 AuslG stets eine Aufenthaltserlaubnis beantragen muß.

Warum ist für den jungen Serben nicht zumutbar, was für den wenige Kilometer jenseits der Grenze wohnenden jungen Rumänen selbstverständlich ist?

Warum ist für den jungen Türken bei der Einreise nach Deutschland nicht zumutbar, was bei der Einreise eines jungen Deutschen in die Türkei selbstverständlich ist? Wenn junge Deutsche auf Dauer in der Türkei leben wollen, benötigen sie natürlich ein Einreisevisum und später eine Aufenthaltserlaubnis.

Warum wird einem Ausländerkind, das im Bundesgebiet geboren ist, nach geltendem Recht von Amts wegen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn die Mutter eine Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung besitzt (§ 21 Abs. 1 des Aus-

ländergesetzes), während es für später zugezogene Ausländerkinder unzumutbar sein soll, eine solche zu beantragen?

Welche Ausländerrechtsordnung in der Welt geht liberaler und großzügiger mit den Kindern um, wenn sie nach Geburt in Deutschland schon heute nur einmal nach acht Jahren eine Verlängerung ihres Aufenthaltstitels benötigen und ihn dann bis zum 16. Lebensjahr ausgestellt bekommen?

In keinem Land der Welt käme irgend jemand auf den Einfall, ein Integrationshindernis darin zu sehen, daß man alle acht Jahre eine Verlängerung seines Aufenthaltstitels braucht!

Um es noch einmal klarzustellen: An den materiellen Voraussetzungen für die Einreise und den Aufenthalt Minderjähriger hat sich nichts geändert. Um aber der mißbräuchlichen Einreise und dem Mißbrauch Minderjähriger einen Riegel vorzuschieben, sind die Einführung der Visumpflicht und Nachweis des Aufenthaltsrechts unverzichtbar.

3,5 Millionen Wohnungen in zehn Jahren

In den vergangenen 10 Jahren sind in Westdeutschland mehr als 3,5 Mio. Wohnungen fertiggestellt worden. Davon entfielen 1,4 Mio. oder 40,0 Prozent auf den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern.

Mit 1,6 Mio. Einheiten (= 45,7 Prozent) wurden mehr Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (Geschoßwohnungsbau) errichtet (120.000) sowie insbesondere durch Ausbaumaßnahmen in bestehenden Gebäuden geschaffen (370.000). Diese Zahlen nannte am 25. Februar das Bonn Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen (ifs).

Seit dem Nachkriegstief des Wohnungsbaus in den Jahren 1987/88 hätten sich innerhalb des Neubaus aber ganz erhebliche Strukturverschiebungen vollzogen. So habe sich der Anteil des Eigenheimbaus an den fertiggestellten Wohnungsneubauten nahezu halbiert; er sei von 57,6 Prozent im Jahr 1987 auf 31,9 Prozent im Jahr 1996 zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum sei der Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern von 31,1 Prozent auf 53,4 Prozent deutlich gestiegen. Der Anteil der sonstigen Wohnungen habe von 11,3 Prozent auf 14,7 Prozent zugenommen.

10-Punkte-Programm zur Verhinderung illegaler Zuwanderung

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, hat ein 10-Punkte-Programm zur Verhinderung illegaler Zuwanderung erarbeitet. Dazu erklärte er:

Immer noch beantragen rund 10.000 Personen monatlich in Deutschland Asyl, nur maximal 10 Prozent werden anerkannt. Dies macht deutlich, daß der ganz überwiegende Teil der Asylbewerber das deutsche Asylrecht zum Zwecke illegaler Zuwanderung mißbraucht. Hier gilt es, weiter gegenzusteuern. Geboten sind:

1. Effektive Sicherung unserer Außengrenzen

Der politisch Verfolgte hat keinen Grund, seine Einreise zu verheimlichen. Einen solchen Grund hat nur derjenige, der aus asylfremden Motiven – illegal – nach Deutschland kommen will. Es ist deswegen geboten, im Zusammenhang mit der Strukturreform des Bundesgrenzschutzes die BGS-Kräfte an den Grenzen zu Polen und Tschechien aufzustocken. Mindestens 1.500 weitere Beamte sind hier vonnöten.

2. Verdachtsunabhängige Kontrollen

Die Umsetzung der Drittstaatenregelung verlangt die Kenntnis des Reisewegs. Bei Asylbewerbern, die sich erst nach Einreise in Deutschland als Asylsuchende zu erkennen geben, ist der Reiseweg oft nicht mehr feststellbar, zumal viele Ausländer ihre Reisedokumente vernichten.

Kontrollen im Hinterland der Grenze können Abhilfe schaffen. Die Landesgesetzgeber müssen ihren Polizeien daher die Befugnis zu verdachtsunabhängigen Kontrollen auf Durchgangsstraßen eröffnen.

3. AsylCard

Jedem Asylbewerber ist nach erkenntnisdienstlicher Behandlung eine AsylCard auszuhändigen, die alle Identifizierungs-, Verfahrens- und Leistungsdaten enthalten sollte und dem Ausländer als Ausweis dient. Damit lassen sich mehrfache Asylantragstellung und der mehrfache Bezug von Sozialhilfe vermeiden.

4. Identitätsfeststellung bei Bürgerkriegsflüchtlingen – Mehrfachbezug von Sozialhilfe unterbinden

Bei Asylbewerbern hat sich das automatisierte Fingerabdruck-Identifizierungssystem (AFIS) bewährt. Mit Hilfe dieses Systems kann festgestellt werden, ob der Asylbewerber unter zwei Identitäten in Deutschland lebt, ob er mehrfach Sozialhilfe bezieht. Daher sollte das System auch bei Bürgerkriegsflüchtlingen angewendet werden.

5. Sachleistungen

Eine große Zahl der illegal Einreisenden wird von Schlepperorganisationen nach Deutschland geschleust. Die so zu uns

kommenen Ausländer müssen für ihre Flucht hohe Beträge zahlen, vereinzelt über 10.000 DM. Sie veräußern zum Teil ihr gesamtes Hab und Gut in der Heimat und zahlen den restlichen Schleuserlohn von in Deutschland erhaltenen Sozialhilfemitteln.

Triebfeder für die Schleuserkriminalität sind die erwarteten Gewinne. Deshalb gilt es zu verhindern, daß Schleuserorganisationen bezahlt werden können. Diesem Ziel dient auch das Sachleistungsprinzip des Asylbewerberleistungsgesetzes. Danach sollen Asylbewerber als Sozialhilfe Sach- statt Geldleistungen erhalten. Die Kommunen sind anzuhalten, das Sachleistungsprinzip konsequent umzusetzen, damit Schleuser nicht aus deutschen Steuermitteln finanziert werden.

6. Sicherstellung von Geldmitteln für Aufenthalt und Abschiebung

Ausländer, die von der Polizei unter verdächtigen Umständen aufgegriffen wurden, hielten vereinzelt enorme Geldbeträge in Händen. Bisweilen bestand auch der Verdacht, daß diese Gelder aus kriminellen Taten herrühren. Dennoch hat die Polizei nach geltender Rechtslage keine effektive Möglichkeit, diese Vermögenswerte sicherzustellen. Manches Mal kann aber festgestellt werden, daß der betreffende Ausländer ausreisepflichtig ist.

Es sollte daher geprüft werden, ob – unabhängig von der Herkunft des Vermögenswertes – eine Rechtsgrundlage für die Sicherstellung von Mitteln in den Händen des Ausländers geschaffen werden kann, ►

Trendwende im Wertewandel

Der Wertewandel war in den letzten Jahrzehnten nicht nur in Deutschland ein häufig beachtetes Phänomen. Pflichtwerte gerieten aus der Mode, Werte der Selbstentfaltung waren „en vogue“. Jetzt kehrt sich die Entwicklung um. Dies stellt eine neue Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung fest. Danach bekennt sich 1996 die Mehrheit der Bundesbürger wieder stärker zu traditionellen Werten wie dem Leistungsprinzip und Recht und Ordnung. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß der Wandel gerade bei der Generation am stärksten ist, die durch die grünen-alternativen Bewegungen geprägt wurde: Bei ihr ist der Anteil derjenigen, die sich an Pflichtwerten orientieren, seit 1982 um 16 Prozentpunkte gestiegen. Die Trendwende im Wertewandel hängt, dies

weist die Studie erstmals empirisch über die letzten fünfzehn Jahre nach, eng mit der Veränderung der wirtschaftlichen Situation und den ökonomischen Zukunftserwartungen zusammen.

Die Studie zeigt auch, daß sich die West- und Ostdeutschen in ihren Wertorientierungen in der Mitte der neunziger Jahre kaum mehr unterscheiden.

Für DM 5,- Vorkasse erhalten Sie die Studie „Hans-Joachim Veen/Jutta Graf: Rückkehr zu traditionellen Werten? Zum Zusammenhang von Wertorientierungen, politischen Prioritäten und Wirtschaftsklima 1982–1996“ (Interne Studie Nr. 131/1997) bei der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der Rufnummer:

**0 22 41/24 65 98 oder
Fax: 0 22 24/24 64 79.**

► die notwendig sind, die Kosten für die Abschiebung und den Aufenthalt bis dahin zu decken.

7. Haftung eines Einladenden im Mißbrauchsfall für die Kosten von Aufenthalt und Abschiebung

Ein Teil der Asylbewerber kommt mit erschlichenen Visa nach Deutschland. Sie erhalten diese Visa nach Vorlage gefälschter Einladungen oder auch von Gefälligkeits-einladungen. Die Einladenden sind im Mißbrauchsfall für die gesamten vom Ausländer verursachten Kosten (Sozialhilfe, Abschiebungskosten) haftbar zu machen.

8. Arbeitsmöglichkeiten für zuziehende Ausländer beschränken

Die Arbeitsmöglichkeiten für zuziehende Ausländer sind einzuschränken, die illegale Beschäftigung von Ausländern ist konsequent zu bekämpfen. Denn immer noch sind in manchen Branchen große Zahlen Illegaler ohne Arbeiterlaubnis beschäftigt.

9. Länder müssen konsequenter abschieben

Das deutsche Ausländerrecht ist schließlich konsequent anzuwenden. Die einwanderungsbeschränkenden Bestimmungen können nur dann Wirkung zeigen, wenn bei Einreise unter Verstoß gegen sie der Aufenthalt des Ausländers prinzipiell beendet wird, die Ausreise ggf. auch zwangsweise durchgesetzt wird, also abgeschoben wird. Die Länder haben für 1996 rd. 13.000 Abschiebungen gemeldet; von einer gleich hohen Zahl kontrollierter freiwilliger Ausreisen kann ausgegangen werden. Damit wurde der Aufenthalt einer Mehrheit unter Mißbrauch des Asylrechts

Eingereister nicht beendet. Die Länder werden aufgefordert, abgelehnte Asylbewerber unverzüglich abzuschieben.

10. Gerechtere Verteilung von Flüchtlingen auf die Staaten der EU

Den Deutschen wird aufgrund ihrer überdurchschnittlich guten wirtschaftlichen Situation in der EU Solidarität zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Länder abverlangt. Wir zahlen fast ein Drittel des EU-Haushalts. Wir erwarten aber auch die Bereitschaft der europäischen Partner, uns dort zu helfen, wo wir aufgrund der geographischen Situation besonders belastet sind: beim Zustrom von Flüchtlingen. Deutschland nimmt weiterhin mehr Flüchtlinge auf als alle anderen EU-Staaten zusammen. Die Bemühungen um eine gerechtere Lastenverteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen innerhalb der EU sind daher zu intensivieren.

Zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung bedarf es entschiedener Reaktionen. Es handelt sich um eine Aufgabe, die im Interesse der gesamten Bevölkerung in Deutschland, auch der legal in Deutschland lebenden Ausländer liegt.

Asylbewerberzahlen

Im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im Januar 1997 10.877 Personen Asyl beantragt. Damit ist die Zahl der Asylbewerber zwar gegenüber dem Vormonat um 2.741 (Dezember 1996: 8.136 Personen) gestiegen. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr (Januar 1996: 12.050) ist die Zahl der Asylbewerber jedoch im Januar 1997 um 1.173 (9,7 Prozent) zurückgegangen und liegt damit unter dem Niveau der Vergleichsmonate der Vorjahre.

Die Verwaltung für den Bürger transparent, offen und kontrollierbar machen

Der „schlanke“ Staat der Zukunft wird der Ressource Personal ein ganz anderes Augenmerk widmen müssen, als dieses in der Vergangenheit der Fall war. Eine amerikanische Studie zur Frage „Wettbewerbsvorteile durch Führung“ belegt, daß die US-amerikanischen Unternehmen, die zwischen 1972 und 1992 im Jahresdurchschnitt die höchsten Gewinne erzielten, diejenigen Unternehmen waren, welche durch menschlich überlegte Führung die Leistungsreserven der Belegschaft erschlossen haben.

Nicht anders ist es in der öffentlichen Verwaltung, denn die Produktivität öffentlichen Handelns und die Qualität der Verwaltungsleistung wird maßgeblich durch die in den jeweiligen Behörden Tätigen geprägt. Unternehmerisches Denken, wirtschaftliches Handeln, konsequente Bürger- und Dienstleistungsorientierung, auch nach innen, lassen sich nur mit entsprechend qualifizierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verwirklichen, die sich mit ihrer Tätigkeit identifizieren und notwendige Reformen aktiv unterstützen.

Die Verschlinkung der öffentlichen Verwaltung mit ihren strukturellen und organisatorischen Veränderungen kann bei den Bediensteten einer Behörde häufig bereits im Vorfeld Unsicherheit und Ängste hervorrufen. Dieses führt nicht selten dazu, daß die Leistungskraft nicht für die Mitgestaltung der Veränderungssituation genutzt, sondern in einem abwehrenden Beharrungsprozeß verschlissen wird.

Diese Ängste gilt es abzubauen, zum einen durch rechtzeitige ständige und gleichmäßige Information. Zum anderen können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Modernisierungsprozeß dadurch aktiv eingebunden werden, daß gemeinsam mit ihnen die Zielstrukturen für die moderne Verwaltung entwickelt werden. Die über die Mitarbeiterbefragung entstehende gemeinsame Entwicklung eines Leitbildes führt zu einer stärkeren Identifikation mit der Behörde, wirkt sinnstiftend für die eigene Arbeit und erweckt

Aus der Rede von Bundesinnenminister Manfred Kanther auf dem Kongreß des Sachverständigenrates „Schlanker Staat“ zum Thema „Perspektiven für die Zukunft der Verwaltung“ am 20. Februar in Düsseldorf

Aufgeschlossenheit für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozeß. Die derzeit häufigen Neid-Hammeleien gegen den öffentlichen Dienst bewirken das Gegenteil der gewünschten Aufgeschlossenheit.

Verwaltungsmodernisierung bedeutet in erster Linie die Erzeugung eines breiten Willens zu Erneuerung, das Lebendigwerden einer neuen Verwaltungskultur. Das setzt individuellen Mut zur Zukunft voraus und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit den Anforderungen, die die

Zukunft stellen wird. Das heißt aber auch, daß Fehler und Irrtümer möglich sein müssen. Veränderungen von herkömmlichen Strukturen bedeuten, daß ein ständiges Lernen, auch Lernen aus Fehlern, notwendig ist. Oft sind es gerade die bekanntgemachten Fehler, die zu einer produktiven Veränderung von Strukturabläufen führen.

Ist bei dieser Bereitschaft, den Modernisierungsprozeß aktiv zu begleiten, jeder Mitarbeiter gefragt, so setzt das gleichzeitig eine starke Führungskompetenz voraus. Führung betrifft hierbei nicht nur die politische Spitze oder die Leitung einer Behörde, Führung obliegt genauso dem Registraturleiter, der Kanzleileiterin oder dem Chef des Inneren Dienstes. Nur wenn sich die Bereitschaft zur Modernisierung durch alle Verwaltungsebenen überträgt, kann sie gelingen. Der Vorgesetzte muß Träger und Förderer der Entwicklung sein, er muß als Manager von Veränderungsprozessen agieren. Seine Qualifikation hat für den Erfolg der Reformziele deshalb maßgebliche Bedeutung; Menschenführung ist seine wichtigste Aufgabe.

Akzeptieren wir aber, daß entscheidend für den Aufbau einer zukunftsorientierten Verwaltung der Mitarbeiter und als Produktionsfaktor Führungskompetenz ist, so heißt das, daß der Personalentwicklung eine ganz entscheidende Rolle zukommt. Bisher war die planmäßige, systematische Entwicklung der vorhandenen Potentiale in der öffentlichen Verwaltung in aller Regel von nur untergeordneter Bedeutung. Eine besser verstandene Personal- und Führungskräfteentwicklung erfordert daher ein radikales Umdenken. Hierbei ist Personalentwicklung als eine Gemeinschaftsaufgabe aller Beteiligten zu verstehen. Mitarbeiter, Vorgesetzte, Zentral- und Fachabteilungen müssen zusammenwirken. Nur so kann eine verbesserte Entwicklung der Fähigkeiten und der Stärken

des einzelnen Mitarbeiters erreicht werden, der Abbau von fachlichen und persönlichkeitsbedingten Defiziten oder der optimale Einsatz des Personals gefunden werden.

Die Behörde der Zukunft wird nicht mehr das Spiegelbild eines hierarchischen Staates sein mit einem Ober- und Unterordnungsverhältnis gegenüber dem Bürger. Das Verständnis der Verwaltung muß mehr und mehr das eines Dienstleistungsunternehmens werden. Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft ist neben der weltweiten Globalisierung herausragendes Merkmal unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels. Will die Verwaltung diesen Wandel mitvollziehen, so bedeutet das, daß viele in der Industrie benutzte Strategien und Fertigkeiten zur erfolgreichen Vermarktung von Produkten Eingang in den Behördenalltag erhalten müssen, nicht nur zielorientiertes Marketing, sondern auch das ständige Arbeiten an der Verbesserung von Qualität der Verwaltungsleistung oder die genaue Zuordnung von Kosten.

Auf diese Weise wird die Verwaltung für den Bürger transparent, offen und kontrollierbar gemacht.

Johannes Gerster, Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen CDU, hat seinen Rückzug aus der Landespolitik erklärt. Wie Gerster am 25. Februar in Mainz bekanntgab, wechselt er im Mai als Leiter des Jerusalemer Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Israel. Gerster betonte, nach der verlorenen Landtagswahl im März vergangenen Jahres sei für ihn klar gewesen, daß er im Jahr 2001 nicht erneut antreten wolle. Er wolle in der Mitte der Wahlperiode den Weg freimachen für jemanden, der die Partei in die nächste Wahl führe.

Die noch offenen Themen werden bis zum Sommer beraten sein

● Aufgabe des Sachverständigenrats „Schlanker Staat“ ist es, alle Initiativen, die sich mit dem Thema „Schlanker Staat/Abbau überflüssiger Bürokratie“ befassen, fachlich und politisch zu fördern und soweit erforderlich zusammenzuführen bzw. mit zusätzlichen Impulsen zu versehen. Sein Anliegen ist es, ganz konkrete Neuerungsschritte und ihre schnelle Umsetzung in die Praxis vorzubereiten. Weder sollen neue Gutachten produziert noch bereits ergriffene Bemühungen wiederholt oder die Literatur um weitere theoretische Ansätze bereichert werden.

Um eine schnelle Umsetzung seiner Empfehlungen zu ermöglichen, erarbeitet der Sachverständigenrat zunächst themenbezogene Beschlüsse. Diese werden dann unmittelbar der Bundesregierung übersandt, um sie so in ihrer Arbeit beim Abbau von Bürokratie und zur Sicherung des Standorts Deutschland zu unterstützen. Das Bundeskanzleramt hat das Bundesministerium des Innern damit beauftragt, die Umsetzung der Beschlüsse einzuleiten und zu koordinieren. Erste Umsetzungsergebnisse liegen bereits vor. Die bisher gefaßten Beschlüßempfehlungen werden von Anbeginn auch jedem Interessierten zur Verfügung gestellt.

● Mit einem Großteil seines Arbeitsprogramms hat sich der Sachverständigenrat „Schlanker Staat“ in seiner eineinhalbjährigen Tätigkeit abschließend befaßt. So hat er beispielsweise einen Testkatalog für gesetzgeberische Vorhaben vorgeschlagen, mit dem die Zahl der Gesetze reduziert, ihre Qualität gesteigert, mehr Transparenz für den Bürger erreicht und kostenverursachende Wirkungen besser beurteilt werden

sollen. Mit den weiteren Vorschlägen zu einer konzentrierten und subsidiaritätsgerechten Rechtsetzung für ein starkes Europa will der Sachverständigenrat erreichen, daß die nationalen Fortschritte insbesondere auf dem Gebiet der Verbesserung der Rechtsetzung nicht im Strom der Vorschriften aus Brüssel untergehen, sondern auch dort ein strengerer Maßstab angelegt wird.

**Von Rupert Scholz,
Vorsitzender des Sachverständigenrats „Schlanker Staat“
und Stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

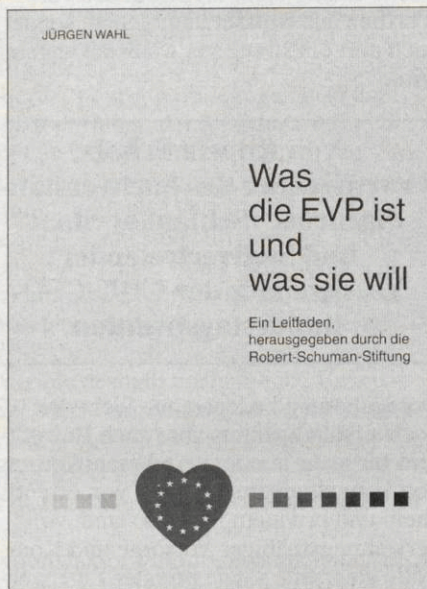
Deregulierung bedeutet aus Sicht des Sachverständigenrats aber auch Bewußtsein für mehr kooperative Verantwortung von Verwaltung und Bürger, von öffentlichem und privatem Sachverstand, von verwaltungsmäßiger Vorsorge und Kontrolle einerseits sowie privater Eigenverantwortung andererseits.

● Die Bemühungen zur Verschlingung staatlichen Handelns müssen mit einer grundlegenden kritischen Überprüfung der vom Bund wahrgenommenen Aufgaben beginnen, um die über Jahrzehnte gewachsenen Staatsaufgaben zu reduzieren. Damit setzt sich sehr eingehend der Sachverständigenrat in seinem Beschluß „Reduzierung der Staatsaufgaben tut not“ auseinander. Wie die Bundesverwaltung organisiert werden sollte, ergibt sich aus dem Beschluß „Von der Ämterverwaltung zum Dienstleistungsunternehmen“. Abflachung

Was ist die EVP und was will sie

Die Europäische Volkspartei, in der seit zwei Jahrzehnten die Christdemokraten zusammenwirken, stellt mit ihrer Fraktion im Europäischen Parlament eine Kraft dar, die den Kurs der Europäischen Union nachhaltig mitbestimmt.

Die Robert-Schuman-Stiftung, hervorgegangen aus einer Initiative von



EVP-Parlamentariern, hat nun ein Buch über die EVP veröffentlicht, das sich nicht zuletzt an befreundete Parteien und Gruppen in den Reformländern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas wendet. In den Reformstaaten sind weder die Geschichte der Integration Europa noch die historische Rolle der westeuropäischen Christdemokraten ausreichend bekannt.

Das Buch der Robert-Schuman-Stiftung, das noch in Polnisch, Ungarisch und Tschechisch erscheinen wird, will daher Schlüssel zum besseren Verstehen nicht nur der EVP, sondern der Ziele sein, die mit dem Vertrag von Maastricht verbunden sind.

Der Leitfaden „Was die EVP ist und was sie will“ von Jürgen Wahl ist bei der Robert-Schuman-Stiftung, Generalsekretär Karl Coling, BAD 1173, L-2929 Luxemburg Stadt unter ISBN 2-9599915-0-8 erhältlich. Das Buch kann als Taschenbuch (14,80 Mark) und mit festem Einband (19,80 Mark, jeweils einschließlich Versandkosten) geliefert werden.

von Hierarchien, kooperative Führungsverantwortung, flexiblere Arbeitseinheiten, Controlling mit Zielvereinbarungen sind dabei wesentliche Punkte.

● Ein großes Modernisierungspotential liegt auch in einem verbesserten Haushaltswesen. Mehr Möglichkeiten für wirtschaftliches Verhalten, Einführung von Budgets mit mehrjähriger Laufzeit eröffnen beispielsweise neue Perspektiven in der öffentlichen Finanzwirtschaft. Die Einführung der Kosten-Leistungsrechnung

in verschiedenen Verwaltungsbereichen ist ein weiterer Beitrag zu mehr Effizienz und Effektivität.

● Die noch offenen Themen, die auf der Agenda des Sachverständigenrats „Schlanker Staat“ stehen, wie Justizentlastung, Personalmanagement und Privatisierung werden bis zum Sommer beraten sein, so daß der zusammenfassende Schlußbericht bis spätestens Herbst dieses Jahres der Bundesregierung übergeben werden kann.

Klaus Welle: Auch 1997 wieder vor großen Herausforderungen

Die Entwicklung 1996

Das Jahr 1996 war ein wichtiges Jahr in der Entwicklung der Europäischen Volkspartei. 1996 war das Jahr der Umsetzung der im November 1995 in Madrid beschlossenen großen Strukturreform der EVP. Was am grünen Tisch erdacht worden war, mußte sich in der Praxis bewähren: Kleines Präsidium, EVP-Rat, Kleiner Gipfel der Regierungschefs. Auch wenn nach nur einem Jahr Erfahrung sicherlich noch Vorsicht geboten ist, kann doch schon ein erstes positives Fazit gezogen werden.

Der EVP-Rat als politisches Forum der Parteiführungen

Der Rat ist von den Mitgliedsparteien bisher sehr gut angenommen worden. Die Präsenz bei den bisherigen Sitzungen war annähernd 100 Prozent. In der Regel waren ein Drittel der Teilnehmer Parteivorsitzende und je ein weiteres Drittel Generalsekretäre bzw. stellvertretende Vorsitzende. Damit ist das Ziel erreicht worden, viermal jährlich die Führungen der Mitgliedsparteien zu einem intensiven Meinungsaustausch über europäische Politik zusammenzuführen.

Die Tagesordnungen und Gesprächspartner waren hochrangig. Jacques Santer, Jose-Maria Aznar, Jean-Claude Juncker, Marcelino Orja und Elmar Brok im Februar zur Regierungskonferenz, John Bruton und Mitglieder der irischen Regierung im Mai in Dublin zur Vorbereitung der irischen Ratspräsidentschaft, Außenminister Schüssel und di Marco, Staatsminister Bratinka und Kommissar Fischler im Sep-

tember in Wien zur EU-Erweiterung und Jose-Maria Aznar, John Bruton und andere im Dezember in Brüssel in Vorbereitung des Dubliner EU-Gipfels.

Kleiner EVP-Gipfel

Auch der Kleine Gipfel der Staats- und Regierungschefs mit den Chefs in Koalitionsregierungen, dem Kommissionspräsidenten und den Mitgliedern des EVP-Präsidiums ist gut angenommen worden und

Jahresbericht des Generalsekretärs in der EVP-Vorstandssitzung vom 13. bis 14. Februar

hat 1996 dreimal getagt. Das nächste Treffen am 4. März wird 8 Stunden dauern in Vorbereitung der Regierungskonferenz und der näherrückenden Erweiterung der EU. Hier hat ein schlagkräftiges Team zusammengefunden.

Entscheidung über die Integration der EUCD in die EVP

1996 war auch das Jahr der Entscheidung über die Integration der EUCD in die EVP bis spätestens zum EVP-Kongreß 1998. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung geschaffen worden für eine Bündelung der Kräfte in der EVP in Vorbereitung auf die anstehende Erweiterung der Europäischen Union. Diese Entscheidung setzt auch den vorläufigen Schlußpunkt hinter eine Debatte, die über fast 2 Jahrzehnte immer wieder geführt worden ist. Die EVP hat diese Entscheidung honoriert durch die

Aufnahme von sieben Parteien aus Mittel- und Osteuropa als Beobachter.

Starke Parlamentsdelegationen aus allen EU-Mitgliedsländern

Die Aufnahme der PSD Portugal in die EVP hat gleichzeitig die letzte große Lücke der Fraktion geschlossen. Mit der PSD und dem neuen Beobachter Südtiroler Volkspartei zählte die EVP am Jahresende 1996 21 Vollmitglieder, 4 assoziierte Mitglieder und 9 Beobachter

Drei neue Vereinigungen gegründet

Schließlich sollten wir auch nicht vergessen, daß in den letzten 15 Monaten drei neue Vereinigungen ihre Arbeit aufgenommen haben. Die Europäische Senioren-Union gehört inzwischen zu den aktivsten Verbänden der EVP. Mit dem Wiener Kongreß, an dem insgesamt mehr als 2000 Senioren teilgenommen haben, haben sie ihre Bedeutung eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Auch die Europäische Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung ist eine wesentliche Bereicherung unserer Arbeit. Wer am jüngsten Kongreß zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit mehr als 500 Gästen aus ganz Europa teilgenommen hat, wird das nicht bezweifeln.

Am 1. Februarwochenende schließlich ist die Junge Europäische Volkspartei gegründet worden, die die EJCD als Jugendorganisation der EVP ersetzt. Die Junge EVP vereinigt auch die Jugendorganisationen der neuen EVP-Mitgliedsparteien aus Portugal und Skandinavien und wird unsere Arbeit wesentlich stärken. Ich möchte an dieser Stelle auch Marc Bertrand und dem neuen JEVP-Vorsitzenden und schwedischen Reichstagsabgeordneten Fredrik Reinfeldt herzlich für ihre Arbeit danken. Ohne deren Arbeit hätte die Gründung der Jungen EVP nicht gelingen können.

EVP-News, Jahrbuch, Kurzbroschüre, Homepage

Und nicht zuletzt hat die EVP ihr Informationsangebot in den letzten Jahren wesentlich verbessert. Die EVP-News informieren wöchentlich in sechs Sprachen über unsere Arbeit. Seit Oktober 1996 können wir in einer Kurzbroschüre, die sich auch zur Mengenverteilung eignet, die EVP-Arbeit vorstellen. In Kürze wird sie in allen Gemeinschaftssprachen erhältlich sein. Sie erhalten heute zum zweiten Mal ein EVP-Jahrbuch, in dem die wesentlichen Dokumente und Informationen eines Jahres gesammelt sind. Gleichzeitig können wir auch die erste Studie unserer Stiftung „Foundation for European Studies“ vorstellen und das Konzept unserer Homepage, die ab dem Frühjahr über Internet erreichbar sein wird.

Perspektiven 1997

1996 war ein gutes Jahr für die EVP. Das ist allerdings kein Anlaß, uns zurückzulehnen. 1997 stehen wir wieder vor großen Herausforderungen:

Vorbereitung EVP-Kongreß in Toulouse

Der EVP-Kongreß 1997 zum Thema der Globalisierung ist für uns eine große Modernisierungschance. Die Globalisierung fast aller Lebensbereiche hat in wenigen Jahren die Rahmenbedingungen für Politik fundamental verändert. Alle unsere Regierungen bemühen sich darum, darauf eine Antwort zu finden.

Wir müssen verhindern, daß ein tiefer Graben entsteht zwischen der täglichen Regierungspolitik und unserer Programmatik. Ohne programmatische Fundierung können die vielen einzelnen und auch notwendigen Reformmaßnahmen auch von den nationalen Bevölkerungen nicht verstanden werden.

Für uns als Europäische Volkspartei liegen in diesem Thema große Chancen. Zumindest eine Antwort auf Globalisierung ist die Europäisierung. Gleichzeitig können wir bei der Reform der Sozialen Sicherungssysteme und des Wohlfahrtsstaats profitieren von den Erfahrungen, die unsere skandinavischen Mitgliedsparteien gemacht haben.

Integration der EUCD in die EVP

Der Kongreß muß auch die notwendigen Satzungsänderungen vornehmen, begleitend zur Integration der EUCD in die EVP. Satzungsänderungen allein werden aber nicht ausreichend sein. Wir müssen Veranstaltungsformen entwickeln, die den besonderen Bedürfnissen der Parteien in Mittel- und Osteuropa entsprechen, sie auf ihrem Weg in die Europäische Union stützen und Brüche nach Dezember 1998 verhindern. Qualität muß eindeutig Vorrang vor Quantität haben.

In diesem Sinne werden wir im Oktober in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin ein EVP/EUCD-Ost-West-Forum durchführen, das sich insbesondere an deren Fraktionsvorsitzende in den nationalen Parlamenten richten soll. Am Rande der Parlamentarierkonferenz im Juli in Luxembourg werden wir die nationalen Parteivorsitzenden aus Mittel- und Osteuropa zu einem kleinen Parteiführertreffen einladen.

Stärkung des Weltverbandes

Die allermeisten Parteien aus Mittel- und Osteuropa haben eine gute Perspektive für eine aktive Einbindung in die EVP. Es wird jedoch auch diejenigen geben, die nicht Mitglied in der EVP werden können oder aber auch gar nicht wollen. Auch für diese Parteien muß es ein funktionierendes Forum der Zusammenarbeit geben.

Wir müssen uns deshalb stärker als bisher engagieren für unseren Weltverband. Die Konzentration von 3 Strukturen (EVP, EUCD, CDI) auf nur noch 2 nach 1998 birgt auch große Chancen, wie auf sozialistischer Seite die Sozialdemokratische Partei Europas und die Sozialistische Internationale eindrucksvoll demonstriert haben. Nicht nur wegen der Integration der EUCD in die EVP, sondern auch wegen des immer notwendiger werdenden engen Kontaktnetzes zu den Neuen Demokratien in Afrika und Asien und den dort sich bildenden Volksparteien der Mitte hat dies große Bedeutung.

EVP als politisches Frühwarnsystem

Zum Schluß möchte ich mehr eine Frage stellen, als eine Antwort geben: Die Europäische Volkspartei hat einen sehr hohen Stand erreicht in der Grundsatzdebatte, aber auch in der Entwicklung gemeinsamer Vorstellungen zu den großen Projekten wie Regierungskonferenz, Währungsunion oder auch Erweiterung der Europäischen Union: einen Konsens, um den uns alle anderen politischen Mitbewerber beneiden.

Gleichzeitig blenden wir als Partei die praktischen Fragen europäischer Politik, den Alltag, fast vollständig aus. Was wird zur Zeit im Mitentscheidungsverfahren zwischen Kommission und Parlament verhandelt, und wo sind die Knackpunkte? Wie stehen wir zu den verschiedensten Grünbuch- oder Weißbuchvorschlägen der Kommission, aus denen in einigen Jahren Gesetzgebung werden wird?

Hier müssen wir weitersuchen nach Instrumenten, die unsere geringe Personalausstattung berücksichtigen und uns nicht überfordern, gleichzeitig aber den Informationsaustausch im Sinne eines Frühwarnsystems gerade auch für die nationalen Parteien verbessern. ■

Bundesumweltministerin Angela Merkel:

Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch weiter entkoppeln

Das Bundeskabinett hat am 19. Februar den Bericht der Bundesregierung „Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“ beschlossen. Der Bericht enthält eine aktuelle Darstellung der Handlungsstrategie der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Er wird anlässlich der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung vorgelegt, die vom 23. bis 27. Juni 1997 in New York stattfindet. Fünf Jahre nach der Konferenz in Rio de Janeiro soll hier eine Bilanz des Rio-Prozesses gezogen werden.

Bundesumweltministerin Angela Merkel:

„Der Bericht zeigt, daß die Bundesregierung in vielen Politikbereichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland gesetzt hat. Er macht auch deutlich, wo weiterer Handlungsbedarf besteht. Während z. B. die Artenvielfalt im Rhein wieder dem Niveau der 20er Jahre entspricht und selbst in Großstädten und Industrieregionen Wintermog nicht mehr vorkommt, werden noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sein, um z. B. eine Senkung der Stickstoffoxidemissionen oder das CO₂-Minderungsziel der Bundesregierung zu erreichen. Für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland ist es erforderlich, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch weiter zu entkoppeln, wie dies beim Energieverbrauch bereits gelungen ist. Der technische Fortschritt wird uns dabei helfen. Es wird aber auch um die Frage gehen, wie wir zukünftig Lebensstandard definieren.“

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, auf das sich die internationale Staatengemeinschaft 1992 in Rio geeinigt hat, soll die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringen, um auch künftigen Generationen Entfaltungschancen zu bewahren. In Deutschland wurde das Prinzip der Nachhaltigkeit 1994 im Grundgesetz verankert (Artikel 20 a). Damit wurde gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Querschnittsaufgabe allen staatlichen Handelns ist.

Nachhaltigkeit als gesellschaftlicher Prozeß

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung wendet sich nicht nur an den Staat. Der Staat kann lediglich die Rahmenbedingungen für nachhaltiges Leben und Wirtschaften setzen. Die Ausfüllung erfolgt durch konkretes Handeln jedes einzelnen. Bund, Länder und Kommunen sind ebenso wie die Europäische Union, die gesellschaftlichen Gruppen, Wirtschaft, Verbraucher und jeder einzelne Bürger eigenverantwortliche Adressaten der Agenda 21 und damit unmittelbar aufgerufen, Beiträge zu ihrer Umsetzung zu leisten. Aufgabe der Bundesregierung ist es in diesem Zusammenhang, die Diskussion zu versachlichen, Verantwortlichkeiten klarer herauszustellen und den Prozeß einer nachhaltigen Entwicklung auf allen Ebenen und im Dialog mit allen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu forcieren.

Die Zukunft unseres Kurwesens

Der Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik hat am 19. Februar im Konrad-Adenauer-Haus eine Fachtagung zur „Zukunft unseres Kurwesens“ durchgeführt. In zwei Diskussionsrunden wurde intensiv erörtert, welche neuen Wege für Deutschlands Heilbäder und Kurorte aufgezeigt werden und was Bund und Länder ihrerseits dazu beitragen können, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

In allen Beiträgen wurde die Bedeutung des Kur- und Rehabilitationswesens für die Gesundheit der Menschen unterstrichen. Das für Kuren ausgegebene Geld spart Kosten in anderen Gesundheitsbereichen. Andererseits kann jedoch nicht übersehen werden, daß die Ausgaben für Kur- und Rehabilitationswesen in den vergangenen Jahren in einem Ausmaß gestiegen sind, das medizinisch nicht mehr begründbar ist.

Dieser Kostenexplosion muß Einhalt geboten werden. Vor dem Hintergrund von über vier Millionen Arbeitslosen können wir uns eine weitere Belastung der Arbeitskosten nicht mehr leisten. Nur wenn die Lohnnebenkosten weiter sinken, haben wir eine realistische Chance, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde deutlich, daß die Maßnahmen des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes sowie befürchtete weitere Einschränkungen durch das Zweite Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu teilweise massiven Einbußen im Kur- und Reha-Bereich geführt haben. Allerdings sind nicht allein die politischen Maßnahmen Ursache für die aktuelle Rücknahme von Anträgen. Eine große Rolle spielt auch die Verunsicherung der Bevölkerung über weiter bestehende Ansprüche sowie auch eine unverständliche Diffamierung des Kurwesens generell.

Bundesumweltministerin **Angela Merkel**: „Im Rahmen meiner Initiative ‚Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung‘ habe ich alle, die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortung für die Umwelt tragen, zu einem Diskussionsprozeß eingeladen, um sich auf die Handlungsschwerpunkte und die nächsten Schritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit zu verständigen und dabei zugleich die von den einzelnen Akteuren zu erbringenden Beiträge klarer herauszuarbeiten. Gerade auch vor dem Hintergrund enger werdender Verteilungsspielräume und eines wachsenden internationalen Konkurrenzdrucks für den Wirtschaftsstandort Deutschland halte ich eine solche Diskus-

sion für geboten. Der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung, so schwierig er auch sein mag, eröffnet Gestaltungsspielräume, die wir im Sinne von mehr Lebensqualität, aber auch zur Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze nutzen können.“

Nachhaltige Entwicklung als Aufgabe aller Politikbereiche

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung durchzieht als übergreifendes Leitbild die gesamte Politik der Bundesregierung. Über den Bereich der klassischen Umweltpolitik hinaus sind – wie auch in dem Bericht dargestellt wird – wichtige Weichenstellungen in allen Bereichen erfolgt. ■

Abwassergebühren – Senkung nötig

Der Bundesfachausschuß Umweltpolitik der CDU hat sich auf seiner letzten Sitzung eingehend mit der Gebührenproblematik im Abwasserbereich befaßt und einen umfassenden Beschluß erarbeitet. Hierzu erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill:

Kostenstruktur und Gebührengestaltung der Abwasserentsorgung

Die kommunale Abwasserentsorgung hat die Aufgabe, das Gemeindegebiet ordnungsgemäß zu entwässern und das gesammelte Abwasser ausreichend zu reinigen. Die konsequente Umsetzung dieser Aufgabe hat in den vergangenen Jahren steigende Kostenbelastungen für Bürger und Unternehmen zur Folge. Im einzelnen sind in diesem Zusammenhang folgende Kostenstrukturen zu beachten:

Die Baukosten müssen entweder durch einmalige Kanalanschlußbeiträge von den Kanalbenutzern aufgebracht werden, oder sie werden durch Kreditmittel finanziert. Teilweise gewähren die Bundesländer verlorene Zuschüsse. Die Betriebs-, die Unterhaltungs- und die Kapitalkosten sowie die Abschreibung werden durch die Umlage über kommunale Abwassergebühren aufgebracht. Nur die Straßenentwässerungskosten sind vom jeweiligen Straßenbaulastträger aufzubringen. Im übrigen sind öffentliche Gebäude wie private Kanalbenutzer zu den Kosten heranzuziehen.

Die Städte und Gemeinden sind gesetzlich gehalten, kostendeckende Gebühren für die Nutzung der Abwasseranlagen zu erheben. Dabei geht der Gesetzgeber vom Verursacherprinzip aus.

Die Bau-, Unterhaltungs- und Betriebskosten der Abwasseranlagen werden entscheidend vom Entwässerungsgebiet beeinflusst. Dies gilt ganz besonders für das Kanalnetz, das in der Regel etwa 60% der Gesamtkosten verursacht. Eine weitläufige Bebauung mit geringem Anschlußgrad verteuert die Kanalkosten ebenso wie eine große Tieflage der Kanalstränge. Andererseits sind auch Kanalisationsmaßnahmen in Innenstädten wegen des geringen Bauwerks und der meist erheblichen Aufwendungen für die Aufrechterhaltung des Verkehrs sehr kostenaufwendig. Große Kanalnetze mit langen Verbindungs- oder Zuleitungskanälen, in denen gegebenenfalls das Abwasser auch noch gepumpt werden muß, sind ebenso kostenaufwendig wie Kanäle, die in Stollenbauweise vorgetrieben werden müssen. Aber auch der Untergrund (z. B. Felsen, Sand) und die Höhenlage des Entwässerungsgebietes (z. B. Flachland, Bergland) beeinflussen die Kanalisationskosten.

Erhebliche Kosten verursacht insbesondere die Sanierung oder Erneuerung alter Kanalisationsanlagen. Eine sorgfältige Kanalunterhaltung und eine frühzeitige Kanalsanierung sind in der Regel kostengünstiger als eine verspätete Kanalerneuerung.

Im allgemeinen gilt zwar, daß größere Kläranlagen kostengünstiger zu bauen und zu betreiben sind als kleinere Anlagen, dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die erhöhten Kosten für die Zuführung der Abwässer zu einer zentralen Kläranlage diesen Vorteil wieder aufwiegen können. Sind daher für einen Ballungsraum Großanlagen durchaus vorteilhaft, so können im ländlichen Raum auch dezentrale Kläranlagen wirtschaftlich betrieben werden.

Für die Abwasserreinigung gelten nationale und europäische Mindeststandards. Danach sind zumindest biologisch reinigende Kläranlagen vorgeschrieben. Ab einem Anschlußgrad von

- 10.000 Einwohnerwerten¹⁾ sollen bis 1998 weitergehende Abwasserbehandlungen im Gebiet der Europäischen Union eingerichtet werden (EG-Richtlinie vom 21. 5. 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser) und ab einem Anschlußgrad von
- 5.000 Einwohnerwerten ist in Deutschland eine Stickstoffbegrenzung und ab
- 20.000 Einwohnerwerten ist zusätzlich auch eine Phosphorbegrenzung vorgeschrieben (Anhang 1 der Allgemeinen Rahmenverordnung über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in die Gewässer).

Die EG-Richtlinie läßt begrenzte Ausnahmen von diesen Anforderungen zu, die von den Bundesländern zu vertreten sind. Das deutsche Wasserrecht gibt den zuständigen Wasserbehörden der Länder das Recht, weitergehende Anforderungen an Abwassereinleitungen zu stellen, wenn „eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere eine Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung zu erwarten ist“ (§ 6 WHG). Es räumt den Wasserbehörden die Möglichkeit ein, für vorhandene Abwassereinleitungen angemessene Fristen zur Einhaltung der Mindestanforderungen zu setzen.

Die Bau- und Betriebskosten der Kläranlagen machen in der Regel nur etwa 40% der Gesamtkosten aus, davon entfallen wiederum nur 10 bis 15% auf die weitergehende Abwasserreinigung. Probleme

¹⁾ Unter Einwohnerwerten versteht man die Summe aus Einwohnern und einer Einwohnerzahl, die sich ergibt, wenn man das Abwasser aus Industrie und Gewerbe auf eine entsprechende Einwohnerzahl umrechnet.

können auftreten, wenn wegen des Ausbaus der weitergehenden Reinigung die gesamte Kläranlage neu konzipiert werden muß. In diesen Fällen können von den Wasserbehörden jedoch kostenverträgliche Fristen gewählt werden.

Die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung macht vielerorts zunehmend Schwierigkeiten. Daher sind nicht nur die Umweltschutzbestimmungen der Klärschlammverordnung sorgfältig einzuhalten, es sollte auch Kontakt mit den aufnehmenden landwirtschaftlichen Betrieben gehalten werden, um Schwierigkeiten frühzeitig zu erkennen und abwenden zu können. Ist eine landwirtschaftliche Verwertung nicht mehr möglich, ist eine Klärschlammverbrennung mit zusätzlichen Kosten erforderlich.

Intensiv diskutiert wird neuerdings die Auswirkung des technischen Normen- und Regelwerks auf die Bau- und Betriebskosten. Daher haben Bund und Länder die regelsetzenden technisch-wissenschaftlichen Vereine aufgefordert, ihre Regelwerke im Hinblick auf eine Minimierung der Kosten zu überprüfen. Zugleich ist festzustellen, daß die Regelwerke schon heute vielfach Spielraum für kostengünstige Alternativlösungen eröffnen. Diese werden jedoch häufig von den Planern – u. a. weil Haftungsprobleme befürchtet werden – nicht genutzt.

Die Abwassergebühren werden zum Teil aber auch durch kalkulatorische Kosten ganz erheblich beeinflußt. Insbesondere die Art der Abschreibung ist hier von Bedeutung, ob beispielsweise von den tatsächlichen Baukosten ausgegangen oder ob der Wiederbeschaffungswert zugrunde gelegt wird.

In den letzten Jahren wird die Privatisierung der Abwasserentsorgung intensiv diskutiert. In Deutschland wird die Abwasserentsorgung traditionell vornehmlich von den Gemeinden hoheitlich im

Rahmen der Daseinsvorsorge wahrgenommen. Die Wasserversorgung ist dagegen in vielen Fällen bereits seit langem und mit großem Erfolg auch privaten Unternehmen übertragen worden. Das gleiche gilt für große Bereiche der Abfallentsorgung. Daher wird zunehmend jetzt auch die Privatisierung der Abwasserentsorgung gefordert. Sicherlich gibt es kein Patentrezept für die beste Form der Entsorgung, im Gegenteil es gibt gute Beispiele für beide Organisationsformen. Dennoch könnte eine alternative Ausschreibung für beide Modelle eine kritische Kostenprüfung im Wettbewerb auslösen. Daher ist Pragmatismus gefordert und eine ideologische Auseinandersetzung abzulehnen. Denkbar ist die Privatisierung von Bau und Betrieb der Abwasseranlagen, aber auch nur von deren Betrieb. Bei einer Übertragung der Entsorgungspflichten auf Private kommt der Vertragsgestaltung entscheidende Bedeutung zu. Das gilt insbesondere für die Nachforderung von Entsorgungskosten im Laufe der Zeit und für den Rückfall der Anlagen bei Vertragsende oder im Falle einer Insolvenz.

Ansätze zur Kostenverminderung

Der Bundesfachausschuß Umweltpolitik der CDU sieht folgende Ansätze für eine Kostenverminderung, die in jedem Einzelfall auf ihre Anwendbarkeit und Auswirkung zu prüfen sind:

● Bei der Ausweisung von Baugebieten sind die Kosten für die Abwasserentsorgung sorgfältig zu untersuchen. Insbesondere eine weitläufige Bebauung und die großzügige Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen wirken sich kostentreibend aus, sie sollten daher besonders sorgfältig auf ihre Realisierbarkeit im Hinblick auf die Gebühren für die Abwasserentsorgung überprüft werden.

● Zentrale und dezentrale Abwasserbehandlungsanlagen sind für ein Entwässerungsgebiet sorgfältig alternativ zu untersuchen, um die preisgünstigste Lösung zu finden. Auch Zwischenlösungen sollten dabei geprüft werden.

● In Außenbereichen sollte anstelle von Anschlüssen an zentrale Abwassereinrichtungen auch der Bau kleiner Kläranlagen für bis zu 500 Einwohnerwerten oder die Einrichtung von Kleinkläranlagen für einzelne Grundstücke untersucht werden.

● Die technische Gestaltung der Abwasseranlagen ist ebenfalls alternativ zu untersuchen. Gegebenenfalls sollten auch mehrere Planungen verglichen oder ein Büro mit der Wirtschaftlichkeitsprüfung auf der Basis eines Erfolgshonorars beauftragt werden.

● Die erforderliche Kläranlage sollte zwar für den voraussichtlichen Endzustand bemessen werden, dann sind jedoch sinnvolle Bauabschnitte entsprechend der Entwicklung des Anschlußgrades zu untersuchen. Soweit sich für den Bürger zumutbare Abwassergebühren ergeben, ist mit der zuständigen Wasserbehörde ein vertretbarer Zeitrahmen für die Realisierung der gesetzlich geforderten Abwassermaßnahmen festzulegen.

● Die Länder werden aufgefordert, möglichst kurzfristig eine Gesamtplanung für die Umsetzung der EG-Richtlinie vom 21. 5. 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungskraft der Kommunen und ihrer Bürger aufzustellen. Soweit die Fristen der Richtlinie nicht eingehalten werden können, soll die Bundesregierung diese Planung möglichst schnell mit der Europäischen Kommission abstimmen und entsprechende Übergangsfristen vereinbaren. Eine generelle Verlängerung der Übergangsfristen ist nicht zielführend, weil dadurch auch die Umwelt-

Hans-Gert Pöttering:

Vertiefung bleibt Bedingung für Erweiterung der Europäischen Union

Als politische und historische Notwendigkeit hat der stellvertretende EVP-Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende der EVP-Arbeitsgruppe „Erweiterung der Europäischen Union“, Hans-Gert Pöttering, die Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mittel- und Osteuropas (MOEL) bezeichnet.

Anlässlich einer Sitzung dieser Arbeitsgruppe in Brüssel betonte Pöttering mit Nachdruck, daß es eine Erweiterung der Europäischen Union nicht ohne eine Vertiefung geben könne. Wesentliche strukturelle Reformen müßten vor allem durch Mehrheitsent-

scheidungen bei legislativen Vorhaben im Rat sowie durch eine gestärkte Rolle des Europäischen Parlaments erreicht werden.

Die politische Einheit Europas anstreben

Pöttering warnte davor, daß die Europäische Union nicht zu einer bloßen Freihandelszone verkommen dürfe. Vielmehr müsse die Europäische Union – der politischen Überzeugung der Christdemokraten im Europäischen Parlament folgend – die politische Einheit Europas anstreben.

schutzmaßnahmen hinausgeschoben werden, die wirtschaftlich vertretbar sind. Außerdem werden die Kommunen bestraft, die schon jetzt die geforderten Maßnahmen umgesetzt haben.

● Die Länder sollten nach Möglichkeit die gesetzlich geforderten Abwassermaßnahmen mit Steuermitteln fördern und die Mittel aus der Abwasserabgabe nach wasserwirtschaftlichen Prioritäten einzusetzen. Bund und Länder sollten prüfen, ob die Gemeinschaftsaufgabe auf die Abwasserentsorgung ausgedehnt werden kann; gegebenenfalls kann die Förderung von Abwassermaßnahmen im ländlichen Raum aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie die Förderung von Abwasseranlagen aus der Gemeinschaftsauf-

gabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ herausgenommen, und können die freiwerdenden Mittel in die neue Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung des Gewässerschutzes“ eingestellt werden.

● Die Kommunen sollten vorurteilsfrei prüfen, ob sich durch eine Privatisierung von Bau und/oder Betrieb der Abwasseranlagen eine günstigere Kosten- und Gebührenstruktur ergibt. Im Zweifelsfall sollte die Durchführung der Abwasserentsorgungspflicht ausgeschrieben werden.

● Die Kommunen werden aufgefordert, ihre kalkulatorischen Kosten insbesondere dann zu überprüfen, wenn die Abwassergebühren die Sozialverträglichkeit überschreiten. Dabei ist auf höchste Kostentransparenz zu achten. ■

Kleiner Landesparteitag in Bühl:

„Stabile Zukunft für Europa“

Im badischen Bühl veranstaltete die CDU Baden-Württemberg ihren 8. Kleinen Landesparteitag. Mit über 300 Delegierten und Gästen war er ein großer Erfolg für die CDU in Baden-Württemberg und für das Ziel der Europäischen Einigung. Einstimmig haben sich die Delegierten für den EURO, für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion ausgesprochen.

Der Leitantrag „Stabile Zukunft für Europa“ fand – bei einigen Änderungen – die große Zustimmung der Partei. Damit ist die CDU Baden-Württemberg der erste aller Landesverbände, der ein so klares und eindeutiges Bekenntnis zur Einführung des EURO abgelegt hat. Der Landesvorsitzende Ministerpräsident Erwin Teufel und der Präsident der EU-Kommission Jacques Santer haben dabei in beeindruckenden Worten dargestellt, was die CDU zukünftig von Europa erwartet und was uns mit dem Europa der Zukunft erwartet.

Die CDU will das eine Europa.

Die CDU Baden-Württemberg hat in Bühl gezeigt, daß sie hinter der Europäischen Einigung steht. Sie macht sich für die Währungsunion stark, weil sie weiß, welche entscheidenden Vorteile gerade Deutschland durch den EURO haben wird. Die Europäische Einigung wird sowohl politisch wie vor allem wirtschaftlich die Schlüsselaufgabe am Beginn des 21. Jahrhunderts sein. Unentbehrliches Instrument dafür ist und bleibt eine gemeinsame Währung.

Die CDU will ein stabiles Europa.

Gerade die CDU in Baden-Württemberg hat das größte Interesse an einem stabilen Europa. Ein geeintes Europa ist für sie der beste Zukunftsgarant für Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Als Exportland Nr. 1 wissen die Baden-Württemberger, wie sehr sie von der Gemeinschaft mit unseren europäischen Nachbarn abhängig sind. Im ersten Halbjahr 1996 gingen über 50 Prozent der baden-württembergischen Ausfuhr in Staaten der EU. Jeder sechste Arbeitsplatz hängt in Baden-Württemberg vom Export in die EU ab. Deshalb sind gerade die Baden-Württemberger in höchstem Maße davon abhängig, offene Märkte und Schutz vor Wechselkursschwankungen zu haben. Gerade das aber wird am besten durch eine gemeinsame Währung garantiert.

Die CDU will einen stabilen EURO.

In Bühl hat die CDU aber auch gezeigt, daß die Einführung des EURO für sie von einer ganz entscheidenden Voraussetzung abhängt: Der EURO muß so stabil sein wie die D-Mark. Eine gemeinsame zukünftige Währung macht nur dann Sinn, wenn sie nicht Spielball von Währungsschwankungen sein wird. Nur wenn die Kriterien, die im Vertrag von Maastricht festgelegt sind, strikt eingehalten werden, kann der EURO zu einer stabilen Währung für ganz Europa werden. „Die Einhaltung dieser Stabilitätskriterien hat absolute Priorität, hat Vorrang vor der Anzahl der Teilnehmer.“ So hat es Erwin Teufel in seiner großen Rede auf dem Parteitag auf den Punkt gebracht.

**Wir brauchen noch mehr
Aufklärung über den EURO
und Europa.**

Die CDU weiß sehr genau, daß viele Menschen in unserem Land der europäischen Währungsunion noch mißtrauisch gegenüberstehen. Die Zustimmung zu Europa ist in aktuellen Meinungsumfragen eher gesunken als gestiegen. Diese Skepsis entspringt ganz klar der Angst ums eigene Geld. Und diese Besorgnis ist ganz natürlich. Gerade die CDU in Baden-Württemberg will deshalb noch viel mehr Aufklärungsarbeit leisten als bisher. Generalsekretär Volker Kauder forderte alle Mitglieder auf: „Informieren Sie sich und andere in den unzähligen Informationsveranstaltungen, die zur Wirtschafts- und Währungsunion angeboten werden! Und veranstalten Sie selbst welche! Lassen Sie uns an der Kampagne für einen stabilen EURO mitwirken! Nur wenn wir uns mit Argumenten stark machen, können wir

überzeugen. Nur wenn wir klar machen, daß mit uns nur ein stabiler EURO in Frage kommt, können wir die berechtigten Besorgnisse der Menschen zerstreuen.“

**Die CDU ist die
EUROPA-PARTEI.**

Generalsekretär Kauder sagte: „Ich erinnere mich noch allzu gut an unseren letzten Landtagswahlkampf. Damals - vor genau einem Jahr - hat die SPD Stimmung gegen Europa und den EURO gemacht. In übelster Weise hat sie Ängste unter den Menschen geschürt. Wenn man sich dessen erinnert und wenn man gleichzeitig sieht, wie Oskar Lafontaine und die SPD heute völlig undifferenziert die Vorteile einer Währungsunion preisen, kann man dies nur noch als eine kaum zu überbietende Heuchelei bezeichnen. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir müssen den Menschen auch in Zukunft klarmachen, wo wir stehen: Auf der Seite eines gemeinsamen, aber vor allem eines stabilen Europas.“

Neue Runde „Schulen ans Netz“

**Die Telekom und Bundes-
bildungsminister Jürgen
Rüttgers haben am 21. Februar
die zweite Ausschreibungsrunde
für die Aktion „Schulen ans
Netz“ gestartet.**

Bis zum Jahr 2000 sollen bundesweit 10.000 Schulen einen modernen Computeranschluß erhalten und über entsprechende technische Geräte verfügen. Durch die erste gemeinsame Aktion konnten inzwischen fast 3.500 Schulen mit Computern, Software und ISDN-Anschlüssen ausgestattet werden, teilten Telekom-Chef Ron Sommer und Jürgen Rüttgers mit. Die zweite Ausschreibungsrunde läuft

bis zum 2. April. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei auch der Lehrerfortbildung geschenkt werden. In dem Programm „Teach your teacher“ haben Schüler und Lehrer die Chance, einmal die Rollen zu tauschen. Dabei sollen die Schüler ihren Lehrern Computer-Know-how vermitteln. Für die neue Runde konnten bisher 27 Sponsoren aus der Wirtschaft gewonnen werden.

**Bewerben können sich alle
allgemeinbildenden und
berufsbildenden Schulen.
Antragsunterlagen sind unter
der Telefonnummer:
(01 30) 74 24 24 abrufbar.**

Mitgliederwerbung auf neuen Wegen

CDU-Kreisverband St. Wendel erfolgreich

Mit einer intensiven Mitgliederwerbepaktion in allen Ortsverbänden ist es dem CDU-Kreisverband im saarländischen St. Wendel unter Vorsitz von Hans Ley MdL im letzten Jahr gelungen, den Mitgliederstand weiter zu erhöhen und 126 neue Mitglieder zu gewinnen.

Diese weitere Erhöhung der Mitgliederzahl ist deshalb besonders beachtlich, weil die CDU mit 3.337 Mitgliedern bei 96.000 Einwohnern und 75.000 Wahlberechtigten – das ist eine Organisationsdichte von 4,4 Prozent – im Kreis St. Wendel ohnehin schon sehr stark organisiert ist. Dies hat auch dazu beigetragen, daß der Kreis St. Wendel die höchste Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1994 in ganz Deutschland hatte und daß es der SPD und Lafontaine nicht gelungen ist, die absolute Mehrheit der CDU im Kreis zu brechen – im Gegenteil: Die CDU konnte ihre Mehrheit ausbauen.

Vor Beginn einer Mitgliederwerbepaktion untersucht die Kreisgeschäftsstelle die Mitgliederentwicklung und die Wahlergebnisse der letzten Jahre in den einzelnen Ortsverbänden und erstellt für die Werbepaktion eine Prioritätenliste. Dann findet eine gemeinsame Sitzung des Kreisvorstandes mit dem gesamten Vorstand und allen Mandatsträgern des jeweiligen Ortsverbandes statt. Grundlage der Sitzung ist eine detaillierte Statistik über die Entwicklung des Ortsverbandes in den zurückliegenden fünf Jahren. Dazu zählen ein Vergleich zwischen Bund, Land, Kreis und Ortsverband, die Anzahl der männlichen

und weiblichen Mitglieder, das Durchschnittsalter im Ortsverband auch im Vergleich zu anderen Ortsverbänden, die Staf-felung der Mitglieder nach Alters- und Berufsgruppen, die Zahl der Ein- und Aus-tritte in den letzten Jahren, die letzten Wahlergebnisse sowie der Organisationsgrad, gemessen an den Wahlberechtigten.

In der gemeinsamen Sitzung werden dann alle Straßen und Häuser des jeweiligen Ortes durchgegangen, und es wird festgelegt, welches Vorstandsmitglied oder welcher Mandatsträger in welcher Straße wen als neues Mitglied zu gewinnen versuchen sollte. Dabei sollen insbesondere auch Personen angesprochen werden, die sich im öffentlichen Leben des Ortes be-

„Partei aktiv“

sonders engagieren und Multiplikatoren in Vereinen und Verbänden sind.

Ein paar Wochen nach der Zusammenkunft folgt zur Erfolgskontrolle eine zweite gemeinsame Sitzung. Auf der Grundlage der Beschlüsse aus der ersten Sitzung werden in der Einladung die Namen derjenigen aufgeführt, die angesprochen werden sollten. Damit wird der Werber nochmals im Vorfeld der Sitzung erinnert, wen er werben wollte. Über die beiden Sitzungen wird eine Terminübersicht geführt, die eine genaue Erfolgskontrolle ermöglicht. Aufgrund dieser Aktion wurden in jedem Ortsverband zwischen zwei und zehn Neumitglieder hinzugewonnen.

1996 konnten dadurch 126 Mitglieder für den Kreisverband St. Wendel gewonnen werden. In den Rundschreiben des Kreisverbandes an die Orts- und Gemeindeverbände wird immer besonders darauf hingewiesen, daß „Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung“ ein ständiger Tagesordnungspunkt aller Vorstandssitzungen sein sollten.

Rangfolge der CDU-Landes- und Kreisverbände bei der Mitgliederentwicklung 1996

Seit 1996 veröffentlicht die Bundesgeschäftsstelle halbjährlich Statistiken über die Mitgliederentwicklung in den Landes- und Kreisverbänden. Die Aktion dient u. a. dazu, die Notwendigkeit der Mitgliederwerbung im Bewußtsein der Partei stärker als bislang zu verankern. Nur eine Partei, die fortlaufend neue Mitglieder anzieht und sich dadurch reg-

neriert, bleibt dynamisch und eine Volkspartei.

Wie die folgende Statistik zeigt, führt die CDU in Niedersachsen unangefochten die Tabelle der CDU-Landesverbände mit dem höchsten Mitgliederzuwachs an. Alle drei niedersächsischen Landesverbände Braunschweig, Hannover und Oldenburg haben 1996 einen absoluten

Platz 1996	Platz 1. Halbj.	Landesverband	Mitgliederzuwachs		Stand 31.12. 96	Stand 31.12. 95	Mobilisierungsfaktor *
			real	und in %			
1	1	Oldenburg	+ 620	+ 3,95 %	16.333	15.713	6,30
2	2	CDU in Niedersachsen	+ 2.496	+ 2,84 %	90.462	87.966	4,59
3	4	Hannover	+ 1.657	+ 2,60 %	65.426	63.769	2,60
4	3	Braunschweig	+ 219	+ 2,58 %	8.703	8.484	2,58
5	5	Bremen	+ 49	+ 1,36 %	3.663	3.614	3,08
6	8	Hamburg	- 23	- 0,20 %	11.341	11.364	3,30
7	7	Hessen	- 292	- 0,50 %	58.081	58.373	4,10
8	12	Saar	- 247	- 1,09 %	22.361	22.608	8,91
9	6	Schleswig-Holstein	- 378	- 1,16 %	32.315	32.693	4,60
10	9	Baden-Württemberg	- 1.398	- 1,63 %	84.378	85.776	3,44
11	10	Nordrhein-Westfalen	- 4.319	- 2,10 %	201.447	205.766	5,04
12	13	Berlin	- 323	- 2,21 %	14.268	14.591	2,33
13	11	Rheinland-Pfalz	- 1.541	- 2,44 %	61.547	63.088	5,80
14	15	Mecklenburg-Vorp.	- 503	- 5,21 %	9.150	9.653	2,42
15	14	Thüringen	- 1.106	- 6,08 %	17.074	18.180	2,91
16	16	Brandenburg	- 751	- 8,65 %	7.927	8.678	2,06
17	17	Sachsen	- 1.838	- 8,73 %	19.205	21.043	1,56
18	18	Sachsen-Anhalt	- 1.683	- 11,81 %	12.567	14.250	2,16
		CDU-Bundesverband	- 11.857	- 1,80 %	645.786	652.867	4,01

* Der Mobilisierungsfaktor gibt Auskunft darüber, wieviel Prozent der CDU-Wähler Mitglied in unserer Partei sind.

Kriterium für die jeweilige Platzierung ist die prozentuale Veränderung im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft des jeweiligen Verbandes. Gastmitglieder werden nicht gezählt.

Platz 1996	Platz 1. Halb.	Kreisverband	Mitgliederzuwachs real	und in %	Stand 31.12. 96	Stand 31.12. 95
1	1	Emsland/Aschendorf- Hümmling (LV Hannover)	+424	+ 19,02 %	2.653	2.229
2	3	Cloppenburg (LV Oldenburg)	+386	+ 7,85 %	5.301	4.915
3	5	Suhl-Stadt (LV Thüringen)	+ 12	+ 7,74 %	167	155
4	8	Osnabück-Land (LV Hannover)	+275	+ 6,28 %	4.654	4.379
5	-	Berlin-Köpenick (LV Berlin)	+ 9	+ 5,49 %	173	164
6	10	Peine (LV Braunschweig)	+ 96	+ 5,42 %	1.867	1.771
7	9	Wolfenbüttel (LV Braunschweig)	+ 72	+ 5,33 %	1.423	1.351
8	7	Berlin-Treptow (LV Berlin)	+ 10	+ 5,24 %	201	191
9	-	Holzminden (LV Hannover)	+ 40	+ 5,06 %	830	790
10	-	Berlin-Friedrichshain (LV Berlin)	+ 6	+ 4,88 %	129	123
11	17	Offenbach-Land (LV Hessen)	+157	+ 4,74 %	3.470	3.313
12	11	Gifhorn (LV Hannover)	+ 99	+ 4,61 %	2.247	2.148
13	-	Vechta (LV Oldenburg)	+170	+ 4,44 %	3.998	3.828
14	-	Rostock (LV Mecklenburg-Vorpommern)	+ 7	+ 4,44 %	400	383
15	-	Heidelberg (LV Baden-Württemberg)	+ 38	+ 4,33 %	916	878
16	6	Pirna (LV Sachsen)	+ 32	+ 4,30 %	777	745
17	12	Harburg-Land (LV Hannover)	+ 99	+ 4,28 %	2.414	2.315
18	-	Soltau-Fallingbostel (LV Hannover)	+ 68	+ 4,21 %	1.683	1.615
19	16	Lüchow-Dannenberg (LV Hannover)	+ 33	+ 4,00 %	857	824
20	4	Bremerhaven (LV Bremen)	+ 39	+ 3,89 %	1.042	1.003

Die 20 erfolgreichsten Kreisverbände

Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Besonders bemerkenswert ist das Plus in Oldenburg mit fast 4 % = 620 zusätzliche Mitglieder, und zwar netto; die durch Tod, Umzug oder aus anderen Gründen verlorenen Mitglieder sind in dieser Rechnung bereits saldiert.

Niedersachsens CDU hat bewiesen, daß es möglich ist, auch und vielleicht gerade in politisch schwierigen Zeiten neue Mitglieder zu werben, sie nutzte die Vor- und Wahlkampfphase zur Kommunalwahl im letzten Jahr. Von insgesamt 49 Kreisverbänden weisen im

Land Niedersachsen 40 Kreisverbände eine positive Mitgliederentwicklung auf. Der erfolgreichste Kreisverband im Bundesgebiet ist Emsland/Aschendorf-Hümmling. Er liegt auch in Niedersachsen, und zwar im Landesverband Hannover. In diesem Kreisverband ist die Mitgliederzahl 1996 um stolze 19,02% gestiegen, von 2.229 auf 2.653 = + 424.

Wie die Tabelle zeigt, konnten auch in Großstädten wie Bremerhaven, Rostock und Heidelberg die Mitgliederzahlen gesteigert werden.

Bundesliga zum Vorbild

Die Hessische CDU hat sich die Bundesliga-Tabelle zum Vorbild genommen und eine Hessenliga für die Mitgliederentwicklung in den hessischen Kreisverbänden aufgestellt. Die CDU in Hessen hat wie zuvor die Niedersachsen-CDU die Kommunalwahlen in Hessen am 2. März 1997 zum Anlaß genommen, die Kreisverbände zu verstärkter Mitgliederwerbung aufzufordern. Der Landesverband hat den Ehrgeiz entwickelt, in der Bundesliga-Tabelle von Platz 4 auf Platz 1 aufzusteigen. Zur Unterstützung der Mitgliederkampagne stellt der Landesverband den Kreisverbänden zwei Varianten eines Werbeplakats zur Verfügung. Die Plakate sind durch Eindruck der jeweiligen Kreisverbandstelefonnummer kommunikativ angelegt. Die Zeitung des Landesverbandes, der „Hessen-Kurier“, wird regelmäßig über die „Hessenliga“ berichten. 1997 war Offenbach-Land mit einem Mitgliederzuwachs von 3.313 auf 3.470 = + 157 = 4,74 % der erfolgreichste Kreisverband (Bundesliga-Tabelle Platz 11).

Die „Bundesliga-Tabelle“ und das Beispiel Hessen sollte die anderen Landesverbände anspornen, ähnlich aktiv Mitgliederwerbung zu betreiben. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Generalsekretär Peter Hintze:

Ansporn zu noch intensiverer Werbung um Mitglieder

Im Sommer vergangenen Jahres hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle erstmals eine bundesweite Gegenüberstellung der Mitgliederentwicklungen in Landes- und Kreisverbänden erstellt. Basis dieser Auswertung war die Mitgliederentwicklung des ersten Halbjahres 1996. Bei den Landes- und Kreisverbänden fand diese Auswertung eine positive Resonanz. Einige Verbesserungsvorschläge wurden in der nun vorliegenden Statistik umgesetzt.

Bundesweit kann festgestellt werden, daß die verstärkten Bemühungen bei der Mitgliederwerbung der Landes- und Kreisverbände den Mitgliederrückgang

Anschreiben des Generalsekretärs zur Vorlage der ersten bundesweiten Gegenüberstellung der Mitgliederentwicklungen in den Landes- und Kreisverbänden der CDU.

weiter gebremst haben. Die CDU verlor im vergangenen Jahr 1,8 Prozent der Mitglieder. In den Jahren 1994 und 1995 waren es noch 2 Prozent, 1993 4 Prozent Mitgliederrückgang.

Die Bemühungen der Parteifreunde aus Niedersachsen, insbesondere Oldenburg, Mitglieder für die CDU zu gewinnen, sollen hier noch einmal besonders gewürdigt werden. Konzentrierte und engagierte Mitgliederwerbung hat dem Landesverband Niedersachsen einen Mitgliederzuwachs von 2.496 (+ 2,8 Prozent) gebracht. ►



100.000 Gespräche

Leitfaden für die Mitgliederwerbung

CDU

Jetzt preiswerter!

● 100.000 Gespräche

(veränderte Neuauflage)

Unter dem Motto „Politik gestaltet Zukunft – Gestalten Sie mit“ hat die CDU die Mitgliederwerbeoffensive „100.000 Gespräche“ gestartet. Ziel der Aktion ist es, die Bürgerinnen und Bürger in Gesprächen von der Mitgliedschaft in der CDU zu überzeugen. Der neue Leitfaden „100.000 Gespräche“ soll Ihnen nicht nur helfen, Freunde und Sympathisanten für die Arbeit in der CDU, sondern auch für eine Mitgliedschaft in der CDU zu gewinnen.

Der erfolgsorientierte Aufbau sowie die übersichtliche Gestaltung lassen die Vorbereitung Ihrer Aktionen zur Mitgliederwerbung besonders einfach werden.

Bestell-Nr.: 6101
Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 10,- DM

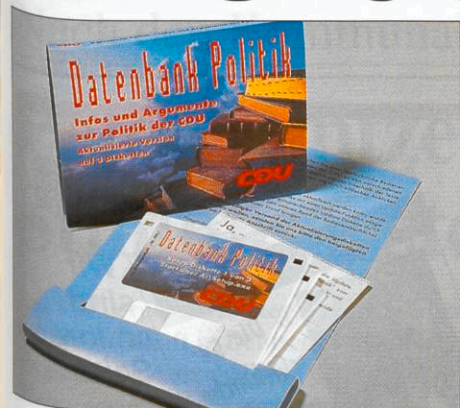
► Dieser positive Trend hielt in Niedersachsen bis zum Jahresende unvermindert an. Von den insgesamt 49 Kreisverbänden weisen im Land Niedersachsen 40 Kreisverbände eine positive Mitgliederentwicklung auf.

Der erfolgreichste Kreisverband im Bundesgebiet blieb 1996 Emsland Aschendorf-Hümmling. Bis zum Jahresende wuchs die Mitgliederzahl dort von 2.229 auf 2.653 – also um 424 = 19,02 Prozent –

an. Aber auch viele Kreisverbände aus anderen Landesverbänden konnten positive Ergebnisse erzielen.

Ich darf Sie alle herzlich bitten, sich in Ihrem Verantwortungsbereich weiterhin für eine konsequente und dauerhafte Mitgliederwerbung einzusetzen. Die positiven Beispiele des vergangenen Jahres sollten uns anspornen, die Bürger und Bürgerinnen weiter intensiv für die politische Arbeit in der CDU zu gewinnen.

CDU-Software



● Neu – Datenbank Politik (Computerprogramm auf vier Disketten)

Datenbank Politik ist ein Informationsprogramm, mit Hilfe dessen Sie schnell die Positionen der CDU auf den verschiedenen Feldern der Politik angezeigt bekommen. Anhand einer bequemen Bedieneroberfläche sowie dem Hypertext-Verfahren können Sie per Maus-Klick die gewünschten Themen aufrufen, ausdrucken oder bei Bedarf auch in der Textverarbeitung weiterbearbeiten.

Zusätzlich wurde die neue Version unserer Datenbank jetzt mit einer Update-Funktion ausgestattet, mit Hilfe derer Sie das Programm regelmäßig auf den neuesten Stand setzen können. Zu diesem Zweck liegt jedem Programm ein Coupon bei, mit dem Sie die Aktualisierungsdisketten bei der Bundesgeschäftsstelle abonnieren können.

Bestell-Nr.: **9903**

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 9,80 DM

● CDU-Signets auf Diskette

Diese Diskette enthält die wichtigsten Signets der CDU sowie die verschiedener Vereinigungen in komprimierter Form.

Fertig entpackt erhalten Sie so eine breite Auswahl der Signets von CDU, FU, JU, CDA, EAK, MIT und der Schüler-Union in verschiedenen grafischen Formaten.



Mit Hilfe dieser Diskette sind Sie in der Lage, Flugblätter, Anzeigen oder kleinere Layout-Projekte direkt am Bildschirm ohne zusätzlichen Klebeumbruch durchzuführen. Sie nehmen z. B. einen Text aus der Datenbank Politik, formatieren diesen zweispaltig, versehen ihn mit einer dicken Überschrift, runden die Seite durch ein entsprechendes CDU-Logo von dieser Diskette ab und erhalten so ein aktuelles Flugblatt.

Bestell-Nr.: **9089**

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 5,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Informationen für Deutsche aus Osteuropa
Einige nützliche Adressen,
die für Sie und
Ihre Familien wichtig sind!

Informationen für Deutsche aus Osteuropa

**Wir sind
an Ihrer
Seite**

Leben in der
Bundesrepublik Deutschland

**Informationen
für Deutsche
aus Osteuropa**

CDU

der Bundesregierung
siedlerfragen
Waffenschmidt MdB
rischer Staatssekretär
des Minister des Innern
indorfer Straße 198
53117 Bonn
11 - Fax: 02 28/6 81 46 65

siedlerbeauftragte
/CSU-Bundestagsfraktion
va-Maria Kors MdB
deshaus - 53113 Bonn
68 30 22 - Fax: 02 28/1 68 66 71

Vertriebenen- und Flüchtlin
der CDU/CSU-Bundestagsf
Hartmut Koschyk MdB
deshaus - 53113 Bonn
1 64 53 64 - Fax: 02 28/

nd Mitteldeutsche Ve
in der CDU/CSU (C
4 Sauer · Konrad-Ad
h-Ebert-Allee 73-7
28/54 44 33 · Fa


Bundesverwalt
507
02 21/75 80

Bunde
nsburger
09 11/

Informationen für Deutsche aus Osteuropa

Faltblatt

Bundestagskanzler Helmut Kohl:



» Die ge-
schichtliche
und ganz
besonders
die kulturelle Leistung aller
von der Vertreibung betrof-
fenen deutschen Volksgrup-
pen ist ein untrennbarer Be-
standteil deutscher Geschich-
te und deutscher Kultur. «

CDU

**Wir
sind
an Ihrer
Seite**

Informationen
für Deutsche
aus Osteuropa

Bestell-Nr.: 2837
Verpackungseinheit:
50 Expl.
Preis je 50 Expl.:
16,00 DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

UiD

6/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 54 40, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.